

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. 40 Pf.  
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Roton-  
 sette oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Berichte  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Adressen:  
 Redaktion: Rindl, Nr. 1503,  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 8. November 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Quittung.

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:  
 Augsburg, U. d. G. u. i. St. 20,—. Berlin, Beiträge der  
 Wahlkreise: 4. Kreis Südost 1024,— (darunter Plättchen Neue  
 Mühle 8,—, aufgelöste Hand in Hand 9,05, Kadel Südost  
 15,—, Conell 5,—, F. G. 5,—, Max 2,—, Joseph 2,—), 5. Kreis 600,—,  
 6. Kreis, Rosenfelder Vorstadt und Gesundbrunnen, 500,— (darunter  
 Altmeyer F. H. 1,—), 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 700,—  
 (darunter alter Parteigenosse, Buchholzerstraße, 10,—, A. V. Richter  
 1,—), Berlin, diverse Beiträge: Dr. L. A. 50,—, Reinholdsdorfer-  
 straße 9,50, M. W. 75,—, J. W. 25,—, A., von neun Darmlosen  
 36,07, Cigarrenfabrik R. Schulze, Friedrichsfelderstr. 21, 5,—,  
 Rote Buchbinder, Grünstraße 5,—, P. S. 50,—, A. V. 50,—,  
 J. G. 2,—, Stereotypen 10,—, Ueberschuss einer Samm-  
 lung A. G. G., S. 11 a 3,20, Von Mitgliedern der U. d. G.  
 5,30, Buchdruckerei Wilhelm Wegner 15,—, Geburtsstags-  
 feier bei Wählich, Adalbertstr. 4, 2,71, Arbeiter und  
 Arbeiterinnen der Buchbinder von Wabing 10,—, Went, durch den  
 Vertrauensmann H. S. 121,—, Bern 50,—, Breslau, Ueberschuss  
 einer Krampfspende von Pastor Wilhelm 11,70, Vomburg, Jäcklein  
 Hofbach 5,—, Breslau, rote Hochzeit bei Schaar 4,45, Freisprache  
 eines Schriftstellers 1,05; Sa. 5,50, Bamberg, durch den Ver-  
 trauensmann W., Grimmitzschau, Kalreiten 2,—, Falkenberg  
 (Oberschlesien) 2,—, Gießen, E. A. 10,—, Greiz, Wahlkreis Neuh  
 ältere Linie 50,—, Hacht bei Bremen 10,—, Hamburg, H. von  
 Gerdenbau Emsbüttel, 8,80, durch Berg von Brunsbau, Eppen-  
 dorfer Chauffee 10,—, Sa. 18,80, Hamburg, im „Echo“ während  
 des Monats Oktober eingegangen 313,12, Königsberg i. Pr.,  
 Parteibeitrag 100,—, Langenberg (Rheinland), amerik. Luft rote  
 Kindtaufe 3,50, Langersfeld, von den Parteigenossen durch  
 G. V. 10,—, Leipzig, W. G. I. 2,—, Lemper, rote Hochzeit  
 Buchholzmühle bei L. 4,50, Kaufmann, Ueberschuss des auf-  
 gelösten Arbeitervereins 8,60, Magdeburg, durch den Vertrauens-  
 mann 2000,—, M. Gladbach, Parteibeitrag 7,—, Ober-  
 langendielau, von den Arbeitern aus dem Culengebirge 100,—,  
 Quedlinburg, 48er Geburtsstagsb. 2,01, Ronsdorf, durch den Ver-  
 tre. 10,—, Stuttgart, G. U. 10,—, Stodum, Kreis Bochum, Revision  
 gegen die Justizausvorlage 20,—, Sagan, K. 3,—, St. Ludwig i. Els.,  
 durch J. W. für den allgemeinen Wahlfonds 10,—, Zangermünde,  
 von den Parteigenossen 50,—, „Vorwärts“ 8. Quartal 1899,  
 15 116,—, Württemberg 50,—, Wilsau, gesammelt auf A. S. Kind-  
 taufe 4,—.

Die in der Quittung in Nummer 235 des „Vorwärts“ vom  
 7. Oktober d. J. unter Altona-Ottensen quittierten 1000,—, sind ein  
 Parteibeitrag des 6. schlesw.-holst. Reichstags-Wahlkreises (Ottensen-  
 Binneberg).  
 Berlin, den 7. November 1899.

Für den Parteivorstand:  
 A. Gerlich, Kassabühr. 9.

### Kriminalität und Arbeiterbewegung.

Die bekannten Behauptungen der Justizausvorlage, die  
 kritisiert mit den Gesamtzahlen der Kriminalstatistik auf-  
 marschiert und mit ihnen die Notwendigkeit der vollständigen  
 Anebenkung der organisierten Arbeiter beweisen will, müssen  
 immer wieder mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.  
 Treffliches Material hierzu hat erst dieser Tage wieder  
 Professor Lönnies in einem Artikel der „Socialen Praxis“,  
 dessen wir in unserer Sonntagsnummer gedachten, ge-  
 liefert, indem er zeigt, wie vorsichtig einmal die scheinbar  
 nachgewiesene Steigerung der Kriminalität hinsichtlich gewisser  
 Delikte zu betrachten ist und wie wenig die etwa wirklich  
 vorhandene Steigerung den Kämpfen der organisierten Ar-  
 beiter um bessere Arbeitsbedingungen zur Last gelegt werden  
 kann.

Zu sehr beachtenswerten Resultaten kommt man auch,  
 wenn man z. B. die Kriminalität in Beziehung auf die  
 speciellen Rohheitsdelikte nach einzelnen Landes-  
 teilen betrachtet und sie in Vergleich setzt zu der hervor-  
 stechendsten Betätigung der Arbeiterbewegung, der social-  
 demokratischen Stimmabgabe zum Reichs-  
 tage. Als specielle Rohheitsdelikte behandelt die Kriminal-  
 statistik Gewalt und Drohung gegen Beamte (§§ 113, 114,  
 117, 118, 119 Str.-G.-B.) und gefährliche Körperverletzung  
 (§ 223a Str.-G.-B.).

Nehmen wir Preußen. Bei der Reichstagswahl 1898  
 wurden in ganz Preußen auf 10 000 eingeschriebene Wähler  
 1647 socialdemokratische Stimmen abgegeben. Nach der  
 Kriminalstatistik für 1898 (für 1897 liegen die erforderlichen  
 Berechnungen noch nicht vor) betrug die Zahl der Verurteilten  
 aus den genannten Paragraphen auf 10 000 strafmündige  
 Civilpersonen in Preußen 267.

Zu den einzelnen Landesteilen stellt sich nun das Ver-  
 hältnis unter den genannten Voraussetzungen wie folgt:

	Socialdem. Stimmen	Kriminalität
1. Stadt Berlin	3914	189
2. Prov. Schleswig-Holstein	2799	168
3. Sachsen	2478	233
4. Brandenburg	2447	241
5. Hessen-Nassau	1920	202
6. Hannover	1766	181
7. Schlesien	1473	323
8. Westfalen	1233	295
9. Ostpreußen	1175	332
10. Pommeren	1106	275
11. Rheinprovinz	981	262
12. Westpreußen	380	415
13. Posen	133	302

Die Zahlen bedürfen keiner Erklärung, sie sprechen für sich  
 selbst. Wo die Junker herrschen, da herrscht die Noheit. Die  
 Stadt Berlin mit der größten socialdemokratischen Stimmengahl,

mit der lebhaftesten Arbeiterbewegung, mit fast unaufhörlicher  
 Streikbewegung, sie hat fast die geringste Kriminalität. Nur  
 Hannover und Schleswig-Holstein haben eine noch geringere,  
 doch darf man nicht außer acht lassen, daß die Großstadt auch  
 in ungleich höherem Maße von einem Lumpenproletariat be-  
 lastet wird, das zur Erhöhung der Kriminalität wesentlich be-  
 trägt. Dagegen sehe man West- und Ostpreußen, Posen,  
 Schlesien an: Kriminalitätsziffern, die doppelt so hoch und  
 noch höher sind wie die Berlins. Die sieben Landesteile,  
 deren socialdemokratische Stimmabgabe unter dem Durch-  
 schnitt des Landes bleibt, stehen in der Kriminalität, mit  
 einziger Ausnahme der Rheinprovinz, über dem Durchschnitt  
 des Landes.

Nicht anders ist es in den übrigen Teilen des Reiches.  
 Folgen wir in der Gebietsinteilung der Kriminalstatistik, so  
 sehen wir:

	Soc. Stimmen	Kriminalität
1. Königreich Sachsen	3039	147
2. Die 11 norddeutschen Staaten	3137	207
3. Die 8 thüringischen Staaten	3071	181
4. Großherzogtum Hessen	2080	287
5. Elsaß-Lothringen	1500	279
6. Königreich Württemberg	1402	264
7. Großherzogtum Baden	1325	318
8. Königreich Bayern	1108	457

Der Durchschnitt des Deutschen Reiches zeigt eine  
 socialistische Stimmabgabe von 1841 und eine Kriminalität  
 von 276. Das Königreich Sachsen, durch und durch social-  
 demokratisch, wo die Hälfte aller abgegebenen Stimmen  
 auf unsere Partei fielen, das unter 23 Abgeordneten 11 So-  
 cialdemokraten in den Reichstag schick, hat eine Kriminalität,  
 die nur ein Drittel derjenigen Bayerns ausmacht, das unter  
 48 Abgeordneten nur 4 Socialdemokraten stellt. Socialdemo-  
 kratische Stimmabgabe und Kriminalität der Rohheitsdelikte  
 verhalten sich also auch im außerpreussischen Reich fast genau  
 umgekehrt proportional. Wenn Kriminalität und Arbeiter-  
 bewegung irgend etwas mit einander zu thun haben, dann  
 folgt aus ihrer Vergleichung nur das gerade Gegen-  
 teil dessen, was die Justizausvorlage daraus beweisen  
 will.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November.

#### Zur Ankunft des Zaren

in Potsdam liefert die „Norddeutsche Allgemeine  
 Zeitung“ mit offiziellen Geberden einen schwülstigen Be-  
 grüßungsartikel:

Der Besuch ist dem halbamtlichen Blatt „ein neues Unter-  
 pand der zwischen dem deutschen und dem russischen Herrscher-  
 haufe wie dem deutschen und dem russischen Reiche bestehenden  
 wertvollen Freundschaftsbeziehungen.“

Dann heißt es weiter:  
 „Wir verehren in Kaiser Nikolaus dem Zweiten einen hoch-  
 begabten, edelsinnigen Monarchen, der die Geschicke eines mit  
 Deutschland in bester Nachbarschaft lebenden Weltreichs zu großen  
 Zielen lenkt, und der, weit über die Grenzen Russlands  
 hinaus, das politische Leben und Denken aller  
 Völker des Erdballes an der Grenzschleife zweier Jahr-  
 hunderte mit neuen verheißungsvollen Anregungen befruchtet“

	17. Oktbr.	18. Oktbr.	19. Oktbr.	20. Oktbr.	21. Oktbr.	22. Oktbr.	23. Oktbr.	24. Oktbr.	25. Oktbr.	26. Oktbr.	27. Oktbr.	28. Oktbr.	29. Oktbr.	30. Oktbr.	4. Novbr.	Differenz
Stettiner Vulkan	226,80	226,50	228,50	226,50	234,—	239,75	245,50	244,75	244,75	244,75	244,75	244,75	244,75	244,75	244,75	+18,95
Homboldt-Werke	—	—	126,—	125,—	131,—	132,50	138,—	144,50	144,50	144,50	144,50	144,50	144,50	144,50	144,50	+17,50
Baroper Bergwerk	108,—	111,—	113,40	112,—	114,50	115,—	120,—	124,50	124,50	124,50	124,50	124,50	124,50	124,50	124,50	+16,50
Bismarck-Hütte	300,—	300,—	296,—	300,—	308,—	309,75	309,50	314,25	314,25	314,25	314,25	314,25	314,25	314,25	314,25	+14,25
Bochumer Gußstahl	248,75	248,25	252,—	252,—	252,25	255,10	255,25	262,—	262,—	262,—	262,—	262,—	262,—	262,—	262,—	+18,25
Charlottenhütte	184,90	177,—	178,75	179,75	182,50	183,50	197,25	195,—	195,—	195,—	195,—	195,—	195,—	195,—	195,—	+10,10
Schweizer Bergwerk	225,—	227,—	226,50	225,75	227,—	230,—	232,75	245,—	245,—	245,—	245,—	245,—	245,—	245,—	245,—	+20,—
Friedrich Wilhelmhütte	193,10	193,10	198,—	196,75	193,—	196,75	197,75	200,25	200,25	200,25	200,25	200,25	200,25	200,25	200,25	+7,15
Weisweider Eisenwerk	288,—	281,—	288,—	287,75	283,—	287,10	286,75	296,25	296,25	296,25	296,25	296,25	296,25	296,25	296,25	+8,25
Hesper Eisenwerk	335,—	337,75	348,25	351,—	348,—	356,50	361,75	370,—	370,—	370,—	370,—	370,—	370,—	370,—	370,—	+41,—
Bergbau-Gesellschaft Hochbahl.	214,—	215,—	217,25	217,50	213,—	215,50	216,80	220,—	220,—	220,—	220,—	220,—	220,—	220,—	220,—	+6,—
Hörder Bergwerk	218,25	222,—	222,80	220,25	219,—	222,90	222,90	224,25	224,25	224,25	224,25	224,25	224,25	224,25	224,25	+6,—
Laurahütte	245,25	245,10	246,50	246,80	247,50	250,20	252,25	257,—	257,—	257,—	257,—	257,—	257,—	257,—	257,—	+11,75
Bestfällische Stahlwerke	220,10	217,—	221,—	218,25	223,50	231,—	230,—	231,—	231,—	231,—	231,—	231,—	231,—	231,—	231,—	+10,90

Für einen Zeitraum von 2 1/2 Wochen sind das ganz ge-  
 waltige Kurssteigerungen, wenn man erwägt, daß im Durch-  
 schnitt pro Woche vom 2. Januar bis 26. Oktober dieses  
 Jahres Bochumer rund 1/2, Laurahütte etwa 1/3 Proz. gestiegen  
 sind. Interessant wäre es noch, im einzelnen zu verfolgen,  
 wie die Hamburger Rede, wie der bereits am Tage der Ver-  
 öffentlichung von der Börse fruktifizierte Flottenplan steigend  
 und dann wieder die daran geknüpften Diskussionen teil-  
 weise abschwächend gewirkt haben. So stieg z. B. Hesper  
 Eisenwerk infolge der kaiserlichen Flottenrede innerhalb  
 24 Stunden um 10,50. Eine derartige Steigerung der  
 Montan- und Schiffbauwerte zeigt am besten, ein wie großes  
 geschäftliches Interesse bei der Flottenvorlage in Frage kommt  
 und erklärt zugleich in den patriotischen Enthusiasmus der  
 Industrie- und Kapitalistenpresse für die neuen Pläne zur  
 Genüge.

Begreiflich ist es auch, daß unsere Hinweise der beteiligten  
 Industriepresse sehr unbehaglich sind. Mit beflustigender  
 Rhetorik schreiben die Kruppischen „Berliner Neuesten Nach-  
 richter“ — Krupps Interesse selbst läßt sich nicht ziffermäßig  
 darstellen, weil die Firma keine Aktiengesellschaft ist — heute  
 folgendes:

hat. Wir erblicken in dem erhabenen Vorkämpfer der besten  
 menschlichen Bestrebungen zugleich den erprobten Träger der alt-  
 überlieferten und oft bewährten Freundschaft zwischen Deutschland  
 und Rußland. Auf dem durch die herzlichsten Beziehungen  
 der beiden Herrscher verbürgten und für beide Länder  
 gleich segensreichen Einvernehmen zwischen Deutschland und  
 Rußland beruht es, daß die deutsche und die russische Macht in  
 Europa friedlich neben einander wirken und sich, außerhalb  
 dieses Weltteils, vertrauensvoll weiteren Aufgaben zuwenden  
 können. In der festen Zuversicht, daß sich an den morgigen Tag  
 für die Wohlfahrt und den Frieden der Welt glückliche Folgen  
 knüpfen werden, heißen wir den erlauchten Herrscher Rußlands  
 und seine hohe Gemahlin als Gäste unseres Kaiserpaars ehrenvoll  
 und herzlich willkommen!

Mit größerem Hohn und bitterem Spott kann man  
 unmöglich den Zaren begrüßen, als indem man an sein  
 Friedensmanifest und dessen jämmerliches Plasko erinnert, jenes  
 Friedensmanifest, dessen Gedanken in den deutschen Vertretern  
 auf dem Haager Kongress dem Gelächter preisgegeben worden sind,  
 dessen Anregungen in jedem Punkt von der Politik der deutschen  
 Regierung zuwider gehandelt wird. Der Zar trifft in einem  
 Augenblick mit dem Kaiser zusammen, in der dem deutschen  
 Volke angezogenen, eine gewaltige Schlachtflotte zu  
 bewilligen. Was soll es also, daß man den Zaren als den  
 Räuber des Weltfriedens und der Abrüstung preist! Mit dem-  
 selben Rechte könnte England unter Hinweis auf den Boeren-  
 krieg den Zaren als den Urheber der Haager Konferenz  
 feiern.

### Flottenvorlage und Börse.

Zu unserem gestrigen Hinweis auf den Zusammenhang  
 von Marinismus und Spekulation wird uns noch geschrieben:

Es ist bezeichnend für die politische Situation in Deutsch-  
 land, daß die Börse von der Allgemeingültigkeit des gesagten  
 Wortes: Des Königs Wille ist das oberste Gesetz, vollkommen  
 überzeugt ist. Nachdem die Börse erfahren hatte, daß der  
 Kaiser für die Flottenvorlage eintritt, rechnete man am Geld-  
 markt schon fast mit dem Zustandekommen der Vorlage und  
 ließ die Kurse der Industriepapiere in Erwartung neuer reich-  
 licher Aufträge für die großen Gesellschaften stark in die Höhe  
 gehen. Man schätzte den Widerstand des Reichstages nicht so  
 hoch ein, wie er nach einem Teil der Presse, namentlich der  
 jenigen der Centrumpartei, in Aussicht gestellt wird. Man  
 glaubt nicht an eine ernsthafte Opposition derer um Lieber,  
 der gerade in Flottenfragen, ob als überlegener Marine-  
 sachverständiger oder als blamierter Europäer, den  
 Reichstag zur Bewilligung aller wesentlichen Flotten-  
 Vorlagen geführt hat. Man ging an der Börse sogar in  
 letzter Woche noch weiter und spekulierte auch schon auf neue  
 Flottenbauten des Auslandes, die, durch die Vermehrung der  
 deutschen Kriegsmarine hervorgerufen, der deutschen Industrie  
 infolgedessen zu statten kommen würden, als dadurch auf Jahre  
 hinaus in einer Reihe von Gewerben, vornehmlich aber in  
 der Schiffbau-Industrie selbst, jede fremde Konkurrenz außer  
 Sicht gestellt würde. In welcher Weise die Flottenvorlage  
 im Verein mit einer Reihe anderer günstigen Momente die  
 Kurse der Industrie-Aktien im Laufe der letzten 2 1/2 Wochen  
 gestiegen haben, zeigt nachstehende vergleichende Uebersicht:  
 Es betrug an der Berliner Börse der Kurs von

	17. Oktbr.	18. Oktbr.	19. Oktbr.	20. Oktbr.	21. Oktbr.	22. Oktbr.	23. Oktbr.	24. Oktbr.	25. Oktbr.	26. Oktbr.	27. Oktbr.	28. Oktbr.	29. Oktbr.	30. Oktbr.	4. Novbr.	Differenz
(Hamburger Rede)																
(Veröffentlichung des Flottenplans)																

Wir haben kürzlich darauf hingewiesen, wie bedenklich das  
 Vorgehen der „konservativen Korrespondenz“ sei,  
 gegen die Kanalvorlage mit dem Motiv Stimmung zu  
 machen, daß angeblich starke Börseninteressen dabei mit-  
 maßgebend gewesen wären. Vielleicht ersieht das konservative  
 Parteiorgan die Nichtigkeit unserer Einwände daraus, daß jetzt  
 der „Vorwärts“ sich die konservativen Berechnungen betref-  
 fend der Flotten-Aktien und die konservative Taktik zu eigen macht und  
 gegen die Flottenpläne ausnützt.

Diese „Taktik“ wird dadurch aber nicht unbedeutend, daß  
 einmal auch die Konservativen sie angewandt haben. Zahlen  
 beweisen — auch den Wert der „nationalen“ Großmacht-  
 Phantasten.

### Ein neuer Kriegshafen.

Die Flottenvorlage hat außer an Kosten für den Bau der  
 Kriegsschiffe noch Ausgaben im Gefolge, die sich in Millionen be-  
 laufen werden und heute noch gar nicht zu übersehen sind. Dazu  
 gehört namentlich auch die Errichtung eines neuen Kriegshafens und  
 einer Torpedoboot-Station. Obwohl die Flottenvorlage noch lange  
 nicht Gesetz ist, so trifft doch die Marineverwaltung ihre Dispositionen  
 argemwärtig schon so, als ob die Verneuerung der deutschen



Flotte auf Grund des in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung entwickelten Planes eine vollzogene Thatsache wäre.

Nicht erst gestern, sondern schon seit längerer Zeit sind nämlich Vorbereitungen im Gange, für die Vermehrung der Kriegsmarine nach die nötigen heimischen und überseeischen Stationen zu schaffen. Es interessiert im jetzigen Augenblicke wohl die breitesten Öffentlichkeit zu erfahren, daß die Errichtung eines Kriegshafens auf der Reede von Danzig im Gange ist und daß der Militärstützpunkt sich bereits ein Gelände in der Nähe von Geddingen gesichert habe. Weiter ist bei Niehuesdorf die Anlage einer Torpedoboot-Station in Aussicht genommen.

Die Taktil, unter der Hand Vorbereitungen für noch nicht von den gesetzgebenden Faktoren genehmigte Ausgaben zu treffen, scheint allmählich in der Militär- resp. Marineverwaltung üblich werden zu sollen. Wir wollen auf die staatsrechtlichen Folgen dieses Vorgehens der Verwaltung gegenüber der Gesetzgebung nicht eingehen, vielmehr nur zeigen, daß die Flottenvergrößerungspläne in der Marineverwaltung schon seit einiger Zeit mit aller Energie verfolgt werden.

Daß die Ausgaben für einen neuen Kriegshafen eine enorme Höhe erreichen werden, geht aus einer kurzen Aufzählung der Anforderungen hervor, denen ein moderner Kriegshafen zu genügen hat. Solch ein Kriegshafen muß zunächst selbst für die größten Kriegsschiffe genügende Wassertiefe besitzen und eine so große Reede haben, daß die Flotte in Schlachtfeldern auslaufen kann. Auf der Seeseite müssen die Arsenale, Docks und Werften durch Küstenwerke und Sperren, auf der Landseite durch einen Fortsgürtel geschützt werden. Es müssen also außer den notwendigen Arsenalen, Lagerplätzen für Kohle, Docks von größter Dimension und entsprechende Werftanlagen errichtet werden. Dazu kommen aber dann noch die Ausgaben für Befestigungen, Ausbaggerungen, Mauerungen, die Anlage von Schleusen und Hafeneinfahrten. In diesen einmaligen Ausgaben treten die laufenden für die Verwaltung und den Betrieb, die eine Menge neuen Materials erfordern, an deren Spitze ein Admiral als Stationschef steht. Dazu kommt dann noch die Anlage der Torpedostation, deren Herstellung auch einige Millionen erfordern wird. Man sieht, die Millionen und Milliarden für die Schiffe allein thun's nicht, wenn der Schweinburglud erst eingeschlagen wird.

**Stimm Nationalökonom „berichtigt“.** Professor Wolf wünscht folgende Berichtigung:

1. Es ist thatsächlich unrichtig, daß ich in meiner Rede gegen die Gewerksvereine Stellung genommen habe, viel weniger noch, wie Sie sagen, „gegen die Gewerksvereine gewöhnt“ habe. Ich habe vielmehr, Verträge wie den Ihres Herrn Berichterstatters voraussetzend, wörtlich gesagt:

„Ich will übrigens für jeden, der es darauf absteht, mitzuwirken, nochmals ausdrücklich erklären: Ich bin kein Gegner der Gewerksvereine, ich bin aber ein Gegner ihrer Theorie, der speziellen Interpretation, die ihnen seit dem Eintreten S. St. Mills für sie — es sind jetzt dreißig Jahre her — und gegenwärtig allgemein zu teil wird. Ich schäme sie als Mittel, den Arbeiter an Augenblickskonjunkturen teilnehmen zu lassen, deren Nutzen sonst dem Unternehmer-Kapitalisten allein verbleibe, ich schäme sie als Mittel kameradschaftlichen Zusammenschlusses für den Arbeiter, wo ihm sonst ein solcher fehlt, ich schäme sie vermöge der vielen Vethätigkeiten, die sie, abgesehen von ihrem Kampfweg, haben.“

2. Im besondern erklärt Ihr Herr Berichterstatter: „Wolf bestreitet — und das ist kennzeichnend für den Geist, von dem er befeelt wird —, daß organisierte Arbeiter den Unternehmern gegenüber einen Nachthafter bilden.“ Auch das ist thatsächlich unrichtig. Ich habe das Gegenteil gesagt, wörtlich:

„Wenn der organisierte Arbeiter dem einzelnen nicht organisierten Arbeitgeber ebenbürtig, so ist der organisierte Arbeitgeber dem organisierten Arbeiter zweifellos überlegen, und zwar ist er ihm in genau dem gleichen Maße überlegen, wie der nicht organisierte Arbeitgeber dem nicht organisierten Arbeiter.“

3. Ebensovienig ist wahr, daß ich gegen die Socialreform mich gewendet. Sie sagen wieder „gewöhnt“ habe. Ich habe vielmehr das strikte Gegenteil gesagt, wörtlich:

„Wie aus dem ebenwähnten einen konstitutionellen Mangel unserer Wirtschaftsordnung (Städtische Voderente) schöpfe ich Anforderungen zur Socialpolitik noch aus hundert anderen Wahrnehmungen.“

Dies wurde näher ausgeführt. Ich resümierte schließlich: „Ros sners miser“ gilt auch mir. Auch ich erkenne, aus meiner Anteilnahme für den Schwachen, daß er selbst im Zusammenhange sich häufig nicht genügt und es dann eines Einschreitens des Staates zu seinem Schutze bedarf, in den verschiedenen Gestalten.“

Die Berichtigungen des Herrn Professor wiegen federleicht. Er reiht aus dem Zusammenhange einen Satz heraus und nennt Berichtigung, was unser Berichterstatter im nächsten Satz selbst mitteilt. Er ist für Gewerkschaften, wenn sie — nicht kämpfen; er ist für „Socialpolitik“, wenn sie nach dem Herzen — Stimm's ist.

## Deutsches Reich.

### Polizeiliche Streikleitung.

Eine Polizeibehörde — in Sachen natürlich — in Zwidau, hatte den dortigen Mauerstreik für beendet erklärt und dem Streikbureau jede weitere Thätigkeit, sowie dem Witte des Streiklokals die weitere Vergabe seines Lokals an das Streikbureau bei Strafe verboten. Man hat dagegen die Streikhauptmannschaft Zwidau — dieselbe, die erst kürzlich das famose Pfeifverbot begründet hat — angetufen und von dieser eine Rechtfertigung des Streikverbots erzielt. Es heißt in der Entscheidung:

„Denn so gewiß als nach § 152 der Gewerbe-Ordnung den Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehülfen, Gesellen oder Fabrikarbeitern gestattet ist, zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter Verabredung zu treffen und Vereinigungen zu bilden, ebenso gewiß muß auch, wie dies früher schon gelegentlich des Mauer- und Zimmererstreiks in hiesiger Stadt im Jahre 1889 von dem königlichen Ministerium des Innern und von der Streikhauptmannschaft anlässlich dieses und des Zimmererstreiks hier im Jahre 1893 ausgesprochen worden ist, das Recht der Polizeibehörde anerkannt werden, dann, wenn die vorher verabredete Arbeitseinstellung durch Wiederaufnahme der Arbeit ganz oder wenigstens in der Hauptsache sich erledigt hat und daher für eine weitere Thätigkeit des Streiklokals und für Forterhaltung des sogenannten Streikbureaus eine Veranlassung nicht mehr vorliegt, den Streik behördlicherseits als beendet zu erklären und den bisherigen Leitern und Begünstigten desselben, so wie in den angeführten Verfügungen gesehen, jede weitere auf den Fortbestand des Streiks gerichtete, in den thatsächlichen Verhältnissen aber nicht begründete und daher unberechtigte, zur Beunruhigung der beteiligten Kreise erheblich beitragende Thätigkeit aus sicherheitspolizeilichen Gründen zu untersagen.“

Wir vermessen und natürlich nicht, einer Unilich sächsischen Streikhauptmannschaft sagen zu wollen, was Rechtens ist; für die Leser bemerken wir nur, daß das Recht der Polizei, aber die Bestimmung eines Streiks zu entscheiden, logischerweise auch das Recht in sich schließt, aber den Beginn eines Streiks und den

Beginn der Thätigkeit eines Streikbureaus zu entscheiden. Im Gesetz steht natürlich von dem einen so wenig, wie von dem andern; im Gesetz steht nur, daß die Arbeiter das Recht haben, nach Gefallen zu streiken und sich zu diesem Zwecke zu vereinigen, also auch Streikbureaus zu bilden und in Thätigkeit zu setzen — ganz nach Gefallen.

Die Entscheidung der Streikhauptmannschaft ist ja ganz interessant, selbst im Rahmen sächsischer Rechtsprechung — rechtliche Bedeutung hat sie nicht. Ueber Vergehen gegen die Koalitionsbestimmungen entscheiden die Gerichte. In der Streikpraxis wird man also die Zwidauer und sonstigen sächsischen Behörden entscheiden lassen — nach den Gesetzen aber handeln.

**Rekrutenvereidigung.** Am Dienstag hat der Kaiser bei der Rekrutenvereidigung im Lustgarten eine längere Ansprache gehalten, von der nur wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Nach einer Rede hat der Kaiser mit weithin hallender Stimme die Rekruten an ihren Schwur erinnert, ihnen zugerufen: „Ein Mann! Ein Wort!“ und sie aufgefordert, als gute Soldaten und gute Christen ihren Dienst zu thun.

Bei den Rekrutenvereidigungen in früheren Jahren kamen marianter Auforderungen in die Öffentlichkeit. So sprach der Kaiser 1891 das bekannte Wort aus: „Ihr habt nur einen Feind, und das ist mein Feind! Und mühte ich Euch einst vielleicht — Gott wolle es verhüten — dazu bringen, auf Eure eigenen Verwandten, ja Geschwister und Eltern zu schießen, so denkt an Euren Eid.“

Am 16. November 1898 erklärte Wilhelm II. den Rekruten: „Ihr seid berufen, mich in erster Linie vor dem äußeren und inneren Feind zu schützen.“ Und ein Jahr darauf äußerte er: „Halte den Noth in Ehren und bedenk, daß Ihr den Vorzug genießt, den Dienst unter meinen Augen zu thun, und daß Ihr mit Euren Eintritt in das Heer etwas Vornehmeres geworden seid. . . . Vergeßt nie, daß Ihr berufen seid zu Verteidigern unseres Vaterlandes, daß Ihr verpflichtet seid, Ordnung und Religion im Land zu schützen.“

**Der Flottenwahn.** Die „Tägl. Rundschau“ hat auf ihrem Wunschzettel eine frei verfügbare und frei bewegliche Schlachtflotte, bereit zur Aufsendung in alle Meere.

Der Vorsitzende der Berliner Abteilung der „Deutschen Kolonialgesellschaft“, General v. Boier, schloß am Montag eine Ansprache mit den Worten: „Ein erstes Reich, eine erste Flotte.“

Was sollen gegenüber solchen Auforderungen die „kumpigen“ vier Geschwader und die 3/4 Millarden! Man setze doch lieber gleich das ganze Reich unter Wasser, und verwandle, zur Bevölkerung dieses größeren Ententeichs, die Land- in Marinesoldaten, die Kasernen in Panzerschiffe. Es ist befremdend, daß die wehrhafteste Hand der Germania auf der neuen deutschen Marke nicht verheißungsvoll mit Schwimmhäuten ausgestattet ist.

**Zum Zuchtungsgefeß.** Eine Versammlung des national-liberalen Centralcomittees für Westfalen, die in Dortmund unter dem Vorsitz des Abg. Schmieding stattfand, befahte sich mit dem Zuchtungsgefeß. Die Regierungsvorlage würde als ungeeignet verworfen, dagegen ein „Ausbau der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung“ verlangt. Herr Wassermann erhielt wegen seiner scharfen Äußerungen gegen die egoistische Großindustrie einen Tadel.

Die „Germania“ meint heute: „Die Ausfichten dieses Gesetzentwurfes haben sich inzwischen erheblich verbessert.“ Das mag sein — aber auch im Centrum?

**Nochmal Herr Wassermann zur Zuchtungsgefeß.** Herr Wassermann sprach im national-liberalen Verein in Frankfurt a. M. über die politische Lage. So geneigt er sich zur Flottenvermehrung stellte, so ablehnend blieb er gegenüber der Zuchtungsgefeß. Er sagte:

„Ingeheim wie die Zuchtungsgefeß ist selten ein Gesetz insceniert worden, wenige Gesetze erfordern eine so vernichtende Kritik seitens der Juristen und Socialpolitiker. Eine Kritik in die national-liberale Partei hat sie aber nicht gebracht. Ein Teil unserer Partei meint, der § 153 müsse verhärtet werden, ein anderer hält die bestehenden Bestimmungen für ausreichend. Eine gewisse Presse in Berlin und Hamburg hat die Dinge schärfer in die Entscheidung treten lassen, als sie thatsächlich sind. Der Redner selbst wird die Vorlage glatt ablehnen wie früher; er hält die Strafgesetze für genügend, daran hat sich bei ihm nichts geändert trotz der Vorgänge in Herne und Kasselburg.“

Schade, daß Herr Wassermann nichts davon sagt, wie viele seiner Fraktionskollegen noch zu seiner Ansicht stehen.

**Kein Organ Wassermanns.** Wie der Verlag der „Tägl. Rundschau“ mitteilt, hat er weder mit Herrn Wassermann noch mit Herrn von Heyl jemals in Verlaufsverhandlungen gestanden.

**Kein Frieden.** Wie der „Voss. Jtg.“ aus Detmold berichtet wird, sind die Folgerungen, die man aus einigen im Kameradenkreise gesprochenen Worten des Bezirkskommandeurs gezogen hat, durchaus hinlänglich. Nicht in einer Ansprache wurde von „Seiner Erlaucht“, dem Sohne des Grafenreuten, gesprochen, sondern diese Bezeichnung fiel unwillkürlich im vertraulichen Gespräch mit Kameraden. Von einer Änderung der Beziehungen zwischen den Hufen in Berlin und Detmold ist vorläufig keine Rede. Also geht der blutige Hofkrieg weiter!

**Aus Westpreußen.** (Fig. Ver.) Daß hier mit der Zeit ein Mangel an Arbeitern für die Landwirtschaft und mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Betrieben eingetreten ist, kann nicht bestritten werden. Der Westen mit seinen höheren Löhnen und den doch etwas angenehmeren sonstigen Arbeitsbedingungen hat die Arbeiter in Scharen hinweggelockt.

Von den Landwirten wird behauptet, daß sie gezwinngen seien, viel höhere Löhne zu zahlen, wie früher. Man wird erweisen können, wie hoch die Löhne früher waren, wenn jetzt einem erwachsenen Arbeiter 1.80 M. bis 2 M. pro Tag gezahlt werden.

Allerdings stellen in neuerer Zeit die Arbeiter auch schon etwas noch höhere Ansprüche. Weist werden dieselben aber niedergehalten, weil die sehr erleichterte Einfuhr ausländischer Arbeiter den Arbeitgebern gestattet, die heimischen Arbeiter zurückzuweisen.

Die große Zuderfabrik in Schwech hat in diesem Jahre sehr mit Arbeitermangel zu kämpfen. Schwächer Arbeiter weigerten sich, für den von der Fabrik gebotenen Lohn von 1.80—2 M. pro Tag zu arbeiten. Plugs ließ darauf die Fabrikleitung 100 Leute aus Galizien kommen. Nun geschah aber das Merkwürdige, daß die Galizier, denen man allerlei Versprechungen gemacht hatte, nachdem sie kaum die Arbeit begonnen hatten, streikten, weil sie mit dem geringen Lohn nicht zufrieden waren. Als die Fabrikleitung keine Zugeständnisse machte, fuhr ein Teil der Leute sofort in die Heimat zurück. Diejenigen, welche ohne Mittel waren, lagerten sich auf der Straße und mußten, da sie sich weigerten, wieder an die Arbeit zu gehen, in ihre Heimat abgeschoben werden. Ob die Fabrikleitung, welche die Leute ins Land lockte, die Kosten der Rückreise trägt oder ob öffentliche Mittel dafür ausgegeben werden mußten, ist nicht bekannt. Von der ganzen Schaar der Galizier arbeiten zwei Mann noch in der Fabrik. Da dieselben der Fabrikleitung erzählt hatten, daß heimische Arbeiter ihre Kollegen zum Streik angereizt hätten, wurde eine hochnotpeinliche Untersuchung eingeleitet. Man glaubte auch einen „Mädelstüber“ festnehmen zu müssen, doch hat sich dann herausgestellt, daß sich zu einem Einschreiten keine Handhabe bietet.

Der Vorgang zeigt, daß auch in die westpreussische Arbeitererschaft zwar langsam aber doch immerhin merklich etwas Bewegung hineinlumpt.

**Der Antisemitismus hat in der Provinz Hessen einen schweren Stoß erhalten** durch das Eingehen seines Kasseler Partei-Organs, des dortigen „Antisemitischen Volksblattes“. Das Eingehen dieses Blattes ist ein Beweis dafür, daß der Antisemitismus auch

in seiner ehemaligen Hochburg überwunden ist. Noch vor fünf bis sechs Jahren erschienen in der Provinz Hessen zwei antisemitische Blätter. In Marburg gab Dr. Wödel, der sich trotz seiner demokratischen Äußerungen gegen den „Kaiserkönig“ nennen hörte, den „Reichsherald“ heraus, welcher den linken Flügel des heftigen Antisemitismus vertrat. In Kassel erschien als Organ des Reichstags-Abgeordneten Berner das immer reaktionär gewesene „Antisemitische Volksblatt“. Wödel's „Reichsherald“ mußte zuerst ins Gras beißen und sein Inhaber suchte Unterschlupf bei dem im Reichsherald so oft belächelten Bund der Landwirte. Nun ist auch das Kasseler „Antisemitische Volksblatt“ dem doch so milden Herbst zum Opfer gefallen und völlig „entblättert“ ruht der Baum des heftigen Antisemitismus in die Luft. In journalistischer Beziehung hat die antisemitische Partei allerdings an ihrem Kasseler Organ nicht viel verloren. Stil und Taktil desselben waren noch niedriger als sein Abonnementstand. Immerhin aber ist das Eingehen des Blattes ein Schlag für die Organisation der Partei, der sich nicht verwinden lassen wird. Wurde das Blatt auch von der Masse der antisemitischen Mitläufer nicht gehalten, so diente es doch dazu, die Vorstände der einzelnen Ortsgruppen unter sich und mit dem Parteivorstand in Fühlung zu halten und sie mit Agitationsmaterial zu versehen. Fällt es jetzt aus, so muß diese Arbeit auf dem ebenso zeitraubenden wie kostspieligen Wege des brieflichen Verkehrs gethan werden. Die Antisemiten aber, die nicht einmal die Mittel für den Weiterbestand eines öffentlich erscheinenden Organs aufbrachten, werden für diese öffentlich nicht sichtbare Arbeit noch weniger Geld übrig haben. Damit ist auch der Zerfall ihrer meist auf die Wohlgefühlligkeit der Herren Bürgermeister und sonstiger Ortsverwalter aufgebauten Partei-Organisation in die Wege geleitet. Sie transit gloria mundi! — Die nächsten Wahlen dürften die Richtigkeit unserer Beurteilung der Schläge erweisen. Die lauhende Erbin aber ist die Socialdemokratie.

**Delmar, 6. November.** (Fig. Ver.) Die vom Staatsminister Methe bei der Eröffnung des Landtags beronte Belämpfung der Socialdemokratie ist schon seit längerem hier gehörig im Juge. Versammlungsverbote ergingen massenhaft und es wurde alles aufgegeben, um unsere Partei durch Polizeimittel zu schädigen. Aber — ganz abgesehen von der Unsichtbarkeit dieses Polizeieifers — die Verwaltungsbehörden hielten sich dabei selbst mitunter arge Schläppen. So ist jetzt dem Genossen Vaudert, der sich wegen des Verbot's einer Kreisconferenz an das Staatsministerium beschwerdend gegen die Entscheidung des Bezirksdirektors gewendet hatte, folgender Bescheid zugegangen:

„Nachdem das großherzogliche Staatsministerium auf Ihre gegen meine Entscheidung vom 18. September d. J. erhobene Beschwerde hin verfügt hat, daß die angefochtene Entscheidung von mir zurückzuziehen und dem Beschwerdeführer eine anderweitige, die materielle Seite der Angelegenheit betreffende Entscheidung zu erteilen sei, eröffne ich dem Gastwirt Herrn August Vaudert in Apolda hiemit, unter Zurückziehung der Verfügung vom 28. September d. J., daß das von dem Gemeindevorstand von Stadthulza verhängte Verbot der für den 17. September d. J. geplanten Kreisconferenz der Vertrauensmänner des ersten gewählten Wahlkreises als der genügenden gesetzlichen Begründung entbehrend, aufgehoben wird.“

Der großherzogliche sächsische Bezirksdirektor. Unterzeichnet unleserlich.

Die unteren Behörden werden ersucht fragen, wie sich denn das Staatsministerium die geforderte energische Belämpfung der Socialdemokratie vorstellen, wenn so streng auf „gesetzliche Begründungen“ gehalten werden solle.

**München, 7. November.** (Teleph.) In der Abgeordneten-Kammer begann heute die Generaldebatte über die Politik der bayerischen Regierung. Abg. Dr. Daller (C.) bekämpfte die Angriffe auf die katholische Kirche und das Papsttum, welche von der Hauptversammlung des Evangelischen Bundes in Nürnberg unternommen seien. Staatsminister v. Crailsheim betonte, daß die Regierung alles thue, um die Parität und den konstitutionellen Frieden zu wahren, sie mißbillige auch die Angriffe der Nürnberger Versammlung des Evangelischen Bundes und habe strafrechtliche Untersuchung in dieser Angelegenheit eingeleitet. Gegenüber dem Abg. Bollmar, der sich unter anderem auch gegen die neuen Flottenpläne aussprach, betonte Abg. Dr. Casselmann (liberal), das Flottengezeß müsse man erst abwarten, ehe man mit der Kritik beginne. Die veränderten Regierungen seien zweifellos berechtigt, schon vor Ablauf des Jahres mit neuen Forderungen zu kommen; in anderen Ländern stimmten auch die Radikalen solchen Forderungen zu.

**Kein Terrorismus?** Die Beendigung des Streiks der Berliner Metallarbeiter giebt den „Berl. Neuest. Nachr.“ einen gewissen Anlaß, der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes ein auszuweichen. Die Angaben derselben beziehen sich auf die Resultate des beendeten Streiks werden als Lügen hingestellt. Gegen diese Anwürfe wird die Angegriffene sich wohl selbst zu schütten wissen. Interessant aber ist, mit welcher Unverfrorenheit das Unternehmerorgan zugestimmt, in welcher Weise innerhalb des Unternehmer-Verbandes gegen die Mitglieder desselben der Terrorismus geübt wird. Eine Umfrage bei den Mitgliedern der Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten, so heißt es dort, habe ergeben, daß „kein einziges Mitglied den Reumstundentag bewilligt, nicht habe bewilligen können und auch nicht dürfen.“ Dem sämtliche organisierten Fabrikanten sind durch Konventionalfestsetzen — durch in Händen des Vorstandes befindliche Solawechsel — verpflichtet, unter keinen Umständen gegen den Beschluß der Vereinigung zu handeln, resp. eine Verletzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen.“ Damit ist cynischer Weise — fast, als wolle man den Staatsanwalt verschonen — zugegeben, daß der Verband seine Mitglieder zwingt, an Verabredungen teilzunehmen bezw. sie hindert, von diesen zurückzutreten. Wenn die Arbeiter solches unternehmen würden, sie würden zweifellos den Strafgesetzen verfallen.

Freilich würde ein Unternehmer wohl gegen die betreffenden statutarischen Bestimmungen verstoßen können, ohne daß deswegen der Wechsel von ihm eingetrieben werden könnte. Die gegen einen Hamburger Junngemeister angebrachte Klage wegen dessen Zurücktreten von derartigen Vereinbarungen wurde zu Ungunsten des Verbandes entschieden. Aber man hört nur äußerst selten von solchen Klagen; am allerwenigsten wird es ein Unternehmer der Metallbranche darauf ankommen lassen. Er weiß, daß die Verbandsgenossen mächtige Mittel haben, Mittel, die viel wirksamer sind, als die Wechsel, und die da heißen: gesellschaftliche Achtung, Boykott, wirtschaftlicher Ruin durch die Großen.

Wie bei dem 1897er Formereistreik, so auch jetzt wieder wäre mancher namentlich der mittleren und kleineren Fabrikanten von dem Ring zurückgetreten und den Arbeitern entgegengekommen — sie wagen es nicht, sie wissen, daß die großen Unternehmer die Mittel haben, sie zu ruinieren. Und dazu bedarf es keiner öffentlichen Versammlungen und Beschlüsse, keiner Verurteilungen oder sonstiger strafbarer Handlungen; der Staatsanwalt vermag sie nicht zu fassen.

Und weil die Unternehmer über eine so viel größere Gewalt über ihre Berufsgegenossen verfügen, weil sie alle die Hemmnisse nicht zu überwinden haben, die den Arbeitern bei ihren Organisationsbestrebungen entgegen stehen, so ist das Unrecht, das den Arbeitern durch die Zuchtungsgefeß angethan werden soll, um so größer.



## Vordellwesen und Polizei.

Aus Kiel wird berichtet: Schon verschiedentlich hat der „Vorwärts“ über das Vordellwesen Kiels Mitteilungen gebracht, welche das berechtigete Ersuchen der Leser hervorriefen. Wir erinnern da nur an die Mitteilung, daß aus Anlaß der Kauffeier in Kiel drei weitere Vordelle errichtet seien, welche Mitteilung in dem bezüglichen gegen unseren Redacteur Dietrich angestrengten Prozeß, der mit Freisprechung endete, als den Thatsachen entsprechend festgestellt wurde. Und im November 1897 (Nr. 273) berichteten wir die Eröffnung eines weiteren Vordells.

Und äppig wie nie zuvor ist das Vordellwesen in Kiel noch in Flor.

Seit dem 1. April 1898 ist Kiel mit einer königlichen Polizei bedacht worden und strenge Moralprediger hoffen, daß nunmehr dem Vordellwesen ein Ende bereitet werde. Aber welche unigenes Hindernisse zwischen Vordellwirt und einzelnen Polizei-Organen sich gegriffen hat, wurde dieser Tage in einer dieser Gerichtsverhandlungen festgestellt, aber die wir heute Mitteilung machen können.

Zwar hat die Polizei, die königliche, auch in das Vordellwesen eingegriffen; in ihrer Weise, so wie es in Preußen üblich ist. Nach außen ist jetzt das Reformgesetz gewahrt. Die unter den Augen der städtischen Polizei sich fast vor den Thüren anpreissenden Wädhchen wurden durch die königl. Polizei durch strenge Polizeistrafen gezwungen, sich nicht vor den Thüren sehen zu lassen und selbst die Hand- wärter wurden hierfür mit verantwortlich gemacht, die sich ihrerseits durch angelegte Portiers, die von abends 6 Uhr bis zum frühen Morgen mit Silberbetreiber Mühe das Amt eines Ansehens- wärters versehen, dessen. Das preussische Ideal der Ansehens- wärter war erreicht.

Und das Vordellwesen florirte besser denn zuvor. Die Vordell- wirtin suchte die ihnen entstandenen größeren Ausgaben wieder zu decken und fand sich auch Wege hierzu. Wieder waren die Wädhchen verpflichtet gewesen, von ihren Vordellbetreibern täglich so und so viele Flaschen Bier zu horrenden Preisen zu entnehmen. Dieses fiel jetzt zum Teil fort, dafür wurden von den Vordellwirten Trinksalons eingerichtet, wo „billig“ Getränke zu haben waren, die Flasche Bier z. B. zu 50 Pf. und Wein zu ähnlich horrenden Preisen.

Dies geschah jedoch ohne Konzession und in diesen „Salons“ wurden bis zum frühen Morgen von den Vordellbetreibern Trink- gelage veranstaltet. Und dieses, obgleich die Polizei sonst unmach- sichtlich den schwer um seine Existenz ringenden Speisewirt oder Söler, der ohne Konzession Bier verschänkt, zum Sabel schlägt.

Diese Zustände gaben dann zu allerlei Gerüchten Anlaß. Sollte das, was der ganzen Stadt bekannt war, wirklich den betreffenden Polizei-Organen nicht zur Kenntnis gekommen sein?

Oder sollte es Polizei-Organen geben, welche — — ?

Aber man konnte nichts sagen, weil man nichts Genaueres wußte. Nicht mehr man aber mehr. Und diese Kenntnis ist durch die angeführte Gerichtsverhandlung gekommen. Angeklagt waren zwei Kellner, die beiden Kriminalbeamten D. und H. durch die Behauptung, sich von Vordellwirten haben bestechen zu lassen, beleidigt zu haben. Und diese Behauptung ist vor dem Gericht erwiesen worden. Durch Zeugenaussage wurde festgestellt, daß die beiden Kriminalbeamten von dem Vordellwirt V., welcher, wie wir hinzufügen, früher Jubalter war, zu Weihnachten mehrere Flaschen Wein, eine Flasche Cognac und eine Kiste Cigaretten als Geschenk bekommen hätten. Durch das energische Eingreifen des Präsidenten mußte der diebstahl bestreitende Beamte D. es zögernd eingestehen. Wenn das Gericht die beiden Beklagten doch zu 10 M. Geldstrafe verurteilte, so deshalb, weil eine weitere Äußerung, daß auch der Kieler Gewerkschafts-Verein die Beamten bestochen habe, nicht nachzuweisen war.

Ein interessantes Bild fürwahr, der frühere Jubalter, jetzige Vordellwirt als Geschenkgeber zweier Polizeibeamten. —

## Samoa.

Wie jetzt verlautet, soll eine Aufgabe von Samoa keineswegs in der Absicht der deutschen Regierung liegen. Vielmehr soll entschieden sein, daß Deutschland die Vorherrschaft auf Samoa erhalten werde. Ueber etwaige Gegenleistungen an Eng- land ist nichts bekannt. —

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Das internationale Wettrennen. Der „Pester Lloyd“ schreibt: Der Heeresvoranschlag für 1900 wird keine Forderung für neue Feldgeschütze enthalten. Es ist noch kein bestimmtes Modell für das neue Feldgeschütz festgestellt; jedoch wird Oesterreich-Ungarn mit Rücksicht auf das Vorgehen anderer Staaten in verhältniß- mäßig kurzer Zeit vor der Notwendigkeit stehen, die Beschaffung neuer Geschütze in Angriff zu nehmen. —

Wien, 7. November. Der Prekautschuß des Abgeordneten- hauses nahm einstimmig die Regierungsvorlage, betreffend Auf- hebung des Zeitungs- und Kalenderstempels an.

Der Notstandsentschluß nahm die Regierungsvorlage betreffend die Bewilligung von Notstandskrediten für die durch die jüngste Hochwasserkatastrophe betroffenen Länder an.

Wien, 7. November. („Voss. Zig.“) In elf massenhaft be- suchten Versammlungen der Wiener sozialdemokratischen Ar- beiterschaft kam es gestern zu stürmischen Kundgebungen gegen die Luegerische Gemeinde-Wahlreform und, wie es auf der Tagesordnung hieß, gegen die neuesten Schandthaten der Christlich-Sozialen. Unter Plurufen der Anwesenden wiesen die einzelnen Redner daraufhin, daß es heute keinen 14 mehr in Oesterreich gäbe, wenn nicht die Christlich-Sozialen im Abge- ordnetenhanse mit den Polen und der katholischen Volkspartei gestimmt hätten. In der Versammlung berichte bei dieser Mitteilung un- beschreibliche Erregung. Die Kundgebungen fanden sodann auf der Straße ein Nachspiel; die Polizei schritt ein und verhaftete einige Sozialisten. —

### Frankreich.

Major Esterhazy, über den einfluß der Generalstab seine schützende Hand hielt, dessen verdächtige Rolle aber längst erkannt ist, ist jetzt als Verräther vom ordentlichen Gericht verurteilt worden. Das Bruchpolizeigericht beurteilte den ehemaligen Major auf die von seinem Vetter Christian Esterhazy angestregte Klage wegen Betruges in contumaciam zu drei Jahren Gefängnis und zur Wiedererstattung von 33 500 Frank an den Kläger. —

An der Grenze der Leistungsfähigkeit ist man in Frank- reich bei den Truppenanordnungen angelangt; das beweist wiederum eine Veröffentlichung des bekannten Budgetredners Camille Pelletan im „Globe“. Pelletan hat am 18. Oktober die Differenz erhalten, auf welche sein Bericht über das Militärbudget sich zu stützen hat. Aus diesen ergibt sich, daß im nächsten Jahre 14 000 Mann weniger eingestell werden, als man annahm. Dieser Fall steht nun nicht vereinzelt da, vielmehr ist die tatsächliche Rekrutanzahl in den letzten Jahren stets hinter den Voranschlag zurück- geblieben. Interessant sind aber die Mitteilungen, wonach unter dem Kriegsminister Mercier ausdrücklich auch die Heranziehung der Schwächlichen und Kranke zum Heeresdienst angeordnet wurde, so daß nach Pelletans eigenen Worten, die Kranken- häuser sich mit Dienstantauglichen füllten und daß nach amtlichen Dokumenten stellenweise bis zu 20 Proz. der eingezogenen Mannschaften entweder nach wenigen Monaten ent- lassen oder fast ganz vom Dienst befreit werden mußten. —

### England.

Eine Nachwahl. Bei der Parlaments-Ersthauptwahl in Exeter am Montag wurde Sir Edgar Vincent (Konf.) mit 4030 Stimmen

gewählt. Der Gegenkandidat Bright erhielt 3371 Stimmen. Die konservative Mehrheit zeigt gegenüber der letzten Wahl eine Zu- nahme von 165 Stimmen.

Die Wähler dieses Wahlkreises scheinen weder durch Chamber- lains Raubpolitik noch durch die arifonischen Mißerfolge in ihrer regierungstreuen Gesinnung erschüttert zu sein. —

### Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Aus Bebel's Vergangenheit. Berlin, 6. November. Die faeben erschienenen Vorlesungen über Socialismus und Socialpolitik von Professor Karl Wiedermann enthalten nach dem „Leipziger Tageblatt“ eine interessante Reminiscenz aus dem Vorleben des Herrn August Bebel. Auf Seite 108 des genannten Buches befindet sich eine Note, in welcher folgendes mitgeteilt wird:

„Einer der gegenwärtigen Hauptvorsührer der Social- demokratie, Herr August Bebel, that zu einer Zeit, wo er noch nicht im Range des Herrn Liebknecht lag, in einem Kreise von Arbeitern und Arbeiterfreunden (zu welchen letzteren auch der Verfasser dieser Schrift gehörte) den Ausdruck: „Es sei nicht bloß eine Thorheit, sondern ein Frevel, wenn man die Arbeiter als einen besonderen Stand dem Bürgertum feindlich gegenüberstelle.“ Herr Bebel wird sich dessen vielleicht nicht mehr erinnern, jedenfalls nicht gern daran erinnern sein mögen.“

Zu dieser Notiz schreibt uns Bebel: „Ob ich die angeführte Äußerung, die, wie es scheint, ich in einem kleineren Kreise gemacht haben soll, wirklich gethan habe, kann ich nach Verlauf von 36 oder 37 Jahren unmöglich mehr wissen. Daß ich aber in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ein entschiedener Gegner des Socialismus war, ist eine von mir selbst schon so oft hervorgehobene Thatsache, daß sie allmählich auch der „Deutschen Tageszeitung“ bekannt geworden sein konnte. Will die „Dt. Tagesztg.“ ihr Redaktionsprogramm meines Buches „Die Frau“ zur Hand nehmen, so findet sie auf S. 275 (Jubiläum-Ausgabe) von mir selbst erzählt, wie ich 1863 noch ein Gegner des allgemeinen Stimmrechts war, aber vier Jahre später ihm meine Wahl in den Norddeutschen Reichstag ver dankte.“

Komme ich gleich Prof. Wiedermann einmal dazu, meine Er- innerungen niederzuschreiben, woran ich lebhaft denke, so dürfte dieser, falls er, wie ich wünsche, dann noch am Leben ist, finden, daß ich seiner in einer Weise gedenke, die nur der reinen Wahrheit entspricht. —

## Partei-Nachrichten.

Mit den Beschlüssen des Parteitages erklärten sich durch Beschluß einverstandene Parteiverfassungen in Wilschburg, Oera, Osterwieck und Breslau.

Gemeinderatswahlen. Bei der Gemeinderatswahl in Weida (S.-W.) gelang es unseren Genossen, einen ihrer Mandatanten durchzuführen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beleidigung eines Lehrers wurde Genosse B I o z in Dresden als verantwortlicher Redacteur der „Sächs. Arbeiterztg.“ am Montag zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Auch Genosse Haenisch hatte sich am selben Tage wegen Beleidigung eines Bürgermeisters zu verantworten. Dieser wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

— Sachsen in Preußen. Ueber eine in ihrer Weise recht lustige Episode wird uns aus Halle a. S. berichtet: Eine Volks- versammlung nach sächsischem Muster, die sich sehr anständig und heiter gestaltete, fand Sonntag im Dorfe Dieskau bei Halle statt. Als der Referent Genosse Habertorn aus Leipzig, der einen Vortrag über Bekämpfung der Lungentuberculose hielt, auf die socialpolitischen Gesetze zu sprechen kam und diese als mangel- haft bezeichnete, erhob der überwachende Gemeindevorstand die Hand und erklärte, dieses gehöre nicht zum Thema. Der Vorsitzende, Genosse Ebeling, wies den Beamten in seine Schranken zurück. Als dann Ebeling auf die schlechten Lohn- und Arbeits- bedingungen und die dadurch entstehende Schwindsucht- gefahr für die Arbeiter hinwies, griff der Beamte wiederum ein und erklärte, wenn nicht zum Thema gesprochen werde, so werde er die Versammlung auflösen. Unter großer Heiterkeit wurde dem Beamten zum zweitenmal erklärt, daß er kein Recht habe, in dieser Weise vorzugehen. Die Versammlung zog nicht in Sachen, sondern in Preußen. Nunmehr sprach ein Arbeiter über die Beschäftigung der Kinder bei den Gutsbesitzern und der Beamte erhob sich zum drittenmal und ersuchte unter schallender Heiterkeit zum Thema zu sprechen. Um die heitere Versammlung nicht zu gefährden, bat der Vorsitzende dann jeden Redner, möglichst viel über Schwindsucht zu sprechen. Der Beamte nickte mit dem Kopfe und nur war alles in Ordnung.

In Nr. 250 des „Vorwärts“ erschien eine Korrespondenz über eine Versammlung des sechsten sächsischen Reichstags-Wahl- kreises. Genosse Lebedour befaßte sich über die Korrespondenz und stellte eine Verichtigung in Aussicht. Da er im Einvernehmen mit dem Vertrauensmann des sechsten sächsischen Wahlkreises, Genossen Höppler, handeln wollte, so verdrängte sich die Verichtigung. Dieselbe ist nun heute eingelaufen, mit einem zustimmenden Schreiben Höpplers und lautet wie folgt:

Der „Vorwärts“ hat in seiner Nr. 250 einen tendenziös gehaltenen Bericht über die Parteiverammlung in Sachsen sächsischen Reichstags-Wahlkreise, Dresden- Land, gebracht, gegen den ich genügt bin, mich zu verwahren. Es werden mir darin „beweislose Unterstellungen“ vorgeworfen, weil ich erwähnt hätte, daß Auer's persönliche Angriffe auf einige allgemein geachtete Genossen — auf welches Verfahren ich übrigens nicht den „Vorwärts“-Bericht gebrauchten Ausdruck „absichtliche Erbschänderei“ angewandt hätte — eine tiefgehende Mißstimmung bei vielen Parteimitgliedern hervorgerufen hätten.

Die Beweise für das, was ich über Auer's Verhalten auf dem Parteitage gesagt habe, sind indes von mir direkt durch den Hinweis auf die jedem Parteigenossen zugäng- lichen Berichte über die Parteitageverhand- lungen erbracht worden.

Wenn ferner der Korrespondent des „Vorwärts“ behauptet, die Stimmung der Versammlung in Potsdam sei „geteilt“ gewesen, so verzieht er leider hinzuzufügen, daß von den etwa 200 Anwesenden nur ein verschwindend kleiner Teil auf seinen Fleiß stand. Daß das nicht in der Abstimmung zu Tage trat, erklärt sich daraus, daß die angenommene Resolution auf Grund einer vorherigen Abmüdung festgesetzt war, der beide Delegierten ihre Zustimmung gegeben hatten. Es ist in der Resolution, für die auch ich gestimmt habe, die Verählung der Differenzpunkte absichtlich verniedert worden. Aus diesem Grunde war es niemandem unangenehm als mir, daß der in dem „Vorwärts“-Bericht erwähnte junge Mann jene zweite Resolution einbrachte, die indes überhaupt nicht zur Abstimmung zugelassen werden konnte. Meine Vermutung, daß man versuchen würde, das Auftreten jenes jungen Mannes gegen mich auszunutzen, ist durch den dem „Vorwärts“ zugesandten Bericht vollaus bestätigt worden.

Die Bemerkungen über meine Uebereinstimmung mit dem an- geblichen „Opportunisten“ sind, da die Thatsachen, um die es sich dabei handelt, gar nicht erwähnt werden, augenfällig darauf berechnet, den Anschein zu erwecken, als ob meine eigene Auffassung vom Opportunismus unklar sei. Der be- treffende Redner hatte sich einen „Opportunisten“ genannt, weil er ebenso eifrig für seine Gewerkschaft wie für die socialdemokratische Partei eintrat. Ich erwiderte ihm, das sei doch kein Opportunismus. In dieser einen Hinsicht stimmten wir völlig überein. Denn auch ich sei stets eifrig für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten. Auch in meinen Augen sei die Gewerkschaftsbewegung ein kaum minder wichtiger Bestandteil des proletarischen Emancipationskampfes wie die politische Bewegung. G. Lebedour.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

Die organisierten Barbier- und Friseurgehilfen hatten seit einigen Jahren mit der „Freien Vereinigung selbständiger Barbier“ gemeinsam einen Arbeitsnachweis, der ihnen bei E. Schiller, Rosenbalerstraße 57, hatte. Seit kurzem haben sich aber die Prin- cipale von dem gemeinsamen Nachweis getrennt, weil sie auf den Vertrag, den ihnen die Gehilfen vorlegten, nicht eingehen wollten. Der Vertrag enthielt die sogenannte Streiklausel, wonach die Ver- mittelung für diejenigen Geschäfte zu rufen hat, in denen die Ge- hilfen sich im Ausstand befinden. — Der Arbeitsnachweis der orga- nisierten Gehilfen befindet sich nach wie vor in obigem Lokal.

Spandau, 7. November. Bei der heutigen Gewerbegerichtswahl siegte die Liste des Gewerkschafts-Komitees. Von den Arbeitgebern beteiligten sich an der Wahl 12, von 246 ein- schließlich der Arbeitnehmer wählten 201, die sämtlich ihre Stimmen für unsere Liste abgaben.

### Deutsches Reich.

„Werden die ober-sächsischen Berg- und Hüttenleute streiken?“ Erneute Ablehnungen der Lohn- bewegung unter den ober-sächsischen Berg- und Hüttenleuten bringen auf unsere Notiz mit obiger Ueberschrift (Nr. 257) ober-sächsische bürgerliche Blätter, obenan die „Rattow- Zeitung“.

Demgegenüber sei nach dem unwidersprochen gebliebenen und von Augen- und Ohrenzeugen bestätigten Bericht der „Praca“ fest- gestellt, daß am vorigen Sonntag neben einigen unbedeutenden drei große Berg- und Hüttenarbeiter-Versammlungen in Königshütte und Jabrze stattgefunden haben. Königshütte und Jabrze sind die Haupt- orter der ober-sächsischen Kohlen- und Eisenindustrie, gerade in ihnen be- finden sich die besten großen sächsischen Kohlenbergwerke, auf denen die Arbeiter besonders kurz gehalten werden, so daß es unso ein- drucksvoller ist, wenn ca. 5000 Berg- und Hüttenleute an diesen drei Versammlungen teilgenommen haben. Einstimmig stellten die Versammelten die Forderung einer 25prozentigen Lohnerhöhung auf.

Eine offizielle Bestätigung der großen Bedeutung der Lohn- bewegung liegt u. a. in der Beaufsichtigung der Versammlungen durch den königl. Grenzkommissar Mädlar in Dentschen, der sonst die Versammlungen des Dentschener Verbandes nicht zu besuchen pflegt, sondern nur die Socialdemokraten mit seiner Anwesenheit beacht.

Die beste offizielle Bestätigung der Blätigkeit der Lohnbewegung ist jedoch der Besuch Ober-schlefiens durch Ober-Vergewaltigung Freund aus Berlin und Vergewaltigung Gimm aus Breslau. Daß man versucht hat, auch den Besuch dieser Herren so darzustellen, als ob er mit der Lohnbewegung nicht zusammenhänge, ist nur dadurch erklärlich, daß gewisse Leute noch immer glauben, Ober-schlefiens sei für das sonstige Deutschland eine Terra incognita, ein Gebiet, aus dem man ungestraft die ungeschicklichsten Dinge berichten könne, weil man ja im Innern Deutschlands nichts von ihm wisse.

Ober-schlefiens ist nicht mehr die alte dunkle und verunkelte Erde, und die socialdemokratische Presse wird weiter dafür sorgen, sie in immer bessere Beleuchtung zu rufen, wenn das auch den ober-schlefi- schen Grafen und Grafengünstigen unangenehm ist.

Am allerwenigsten werden wir dabei auf die Leute Rücksicht nehmen, die an der Höhe der Kurse der ober-schlefiischen Montanaktien interessiert sind. Die „Rattow. Ztg.“ verrät ihr teilnehmendes Herz für diese Leute, indem sie bemerkt, daß unsere Notiz die Berliner Börse beeinflusst habe.

Wir wahren lebhaft die Interessen der ober-schlefiischen Berg- und Hüttenleute. Ihre jetzige Bewegung ist weder unser Werk noch das des Bochumer Verbandes. Wir fühlen uns aber verpflichtet, ihnen in ihrem Ringen um Befreiung aus dem Ober-schlefiertum des alten Systems, d. h. aus der nirgends sonst in Deutschland ererbten Knechtschaft unter einem allergrüßlichsten Abel, wenigstens dadurch beizustehen, daß wir ihren Klagen, die früher nicht erst im Innern Deutschlands gehört wurden, ein domierendes Echo in Deutschland verschaffen.

Wer die seit Jahrhunderten bestehende materielle und geistige Not des ober-schlefiischen Industrie-proletariats kennt, wird unsere Absicht loben; auf das Lob und den Beifall anderer Leute haben wir nie gerechnet.

Ueber die Lohnbewegung liegen folgende telegraphische Meldungen vor:

Dentschen, 7. November. Privatbesuche des „Vorwärts“. 100 Hütten auf Königshütte haben 25 Proz. Lohnerhöhung ge- fordert; dieselbe ist von der Direction abgelehnt.

Bismarckhütte, 7. November. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die andwärts vorbereiteten Nachrichten über eine Auslandsbewegung in Ober-schlefiens, soweit sie die Bismarckhütte betreffen, durchaus jeder Begründung entbehren.

Wegen unerlaubten Kollektivens wurden von dem Schöffengericht zu Halle vier Arbeiter zu je 3 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um Sammlungen gelegentlich des letzten Bauhilfsarbeiter-Streiks; drei der Verurteilten waren als die Heraus- geber der Sammlungen zur Anzeige gebracht worden.

Maurer-Aussperrung. In Frankfurt a. M. sind 1200 Maurer von dem Unternehmer-Verband ausgesperrt worden. Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß die Unternehmer die im September 1898 getroffenen Vereinbarungen zu durchbrechen suchten. Einige Firmen verletzten die 15tägige Arbeitszeit, andere die Accordarbeit wieder einzuführen. Schon während des Zimmerer- streiks drohte es fortgesetzt zu Differenzen zu kommen, weil die Unternehmer verlangten, daß die Maurer Zimmerarbeiten machen sollten. Jetzt aber stellen die vereinigten Unternehmer gar das Verlangen, daß die Maurer den Zutritt aus der Organisation erklären sollten. Dieses Ansuchen ist natürlich mit Entrüstung abgewiesen worden und darum nur der Kampf. Den Arbeitnehmern ist es um die Verstärkung der Organisation zu thun; das wird ihnen aber nicht gelingen. In sechs Versammlungen haben die Maurer zu dem Willkür der Unternehmer Stellung genommen. Es wurde beschlossen, daß auch diejenigen die Arbeit niederlegen, deren Nebenlohnern gemäßigert sind. In der Umgebung von Frank- furt fanden außerdem neun Versammlungen statt. Bei Unter- nehmern, die dem Dinge nicht angehören, arbeiten etwa 1000 Maurer.

Aus Leipzig wird bürgerlichen Blättern gemeldet, daß der Streik der Schumann'schen Arbeiter zu Ungunsten der Arbeiter beendigt sei. In einer Versammlung, die am Montagabend statt- gefunden, sei die Beendigung wegen Zustätlosigkeit beschlossen worden.

### Ausland.

Der zehnte Kongreß des dänischen Maurerverbandes sprach sich für die Accordarbeit aus, so lange der Stundenlohn nicht hoch genug sei, ein gleich hohes Einkommen zu erzieligen. Ferner soll für die Einführung der Reinsummen-Arbeitszeit gewirkt werden. Der nächste Kongreß findet in zwei Jahren statt.

Der vor sieben Monaten ausgebrochene Streik in der großen Fabrik Dalberg in Halmstadt ist noch immer nicht beendet. Die Fabrik hat 200 Streikbrecher eingestellt, aber die meisten sind arbeitslos, weil die Fabrik nicht nur von den Arbeitern boykottiert ist, sondern auch der Staat seine Bestellungen zurück- gehalten hat. Der Fabrik kostet der Streik schon 200 000 Kr., aber der Chef ist unbegreiflich. Nebenbei baut ein anderer Fabrikant in Stockholm eine neue Fabrik, in der die Dalberg'schen Arbeiter Stellung finden sollen und die bald eröffnet werden kann.

## Aus der Frauenbewegung.

Beschränkung der Frauenarbeit. Mit den Erhebungen über die Frage der Beschränkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen beschäftigte sich eine Gewerkschaftsversammlung in Gmünd (Schwaben)



- Frau Gettin. Die dort referierte, betonte, daß die Beschränkungen auch auf die ledigen Arbeiterinnen ausgedehnt werden müßten. Die auch von vielen Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins und der Volkspartei bejubelte Versammlung stimmte folgenden Forderungen zu:
1. Abkündigung des Verbot der Nacharbeit für Frauen.
  2. Verbot der Verwendung von Frauen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.
  3. Einführung des gesetzlichen Achtstundentags für die Arbeiterinnen.
  4. Freigabe des Sonnabendnachmittags für die Arbeiterinnen.
  5. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Schwangere und Wöchnerinnen auf mindestens einen Monat vor und zwei Monate nach der Entbindung; Beseitigung der Ausnahmebewilligungen von diesen Bestimmungen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses.
  6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie.
  7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.
  8. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.
  9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbeämtern.

## Sociales.

**Museum für Unfallverhütung** etc. Nach einer Mitteilung der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ wird im Etat für 1900 die Errichtung eines Museums für Arbeiterwohlfahrt vorgezogen, das zunächst und hauptsächlich zur Förderung der Unfallverhütung bestimmt ist, daneben aber auch der Wohnungshygiene und der Nahrungsmittelhygiene dienen soll.

Groß ist der Plan, der im voraus für die Zukunft dieses Unternehmens verfaßt wird, aber sehr bescheiden der Anfang, wie es sich für solche, dem Wohle der Arbeiter dienende Einrichtungen ziemt. Es soll in der Nähe der Technischen Hochschule errichtet werden. Da wird ein Hörsaal für populäre Vorträge und Demonstrationen geplant sowie Räumlichkeiten für eine zur Benutzung für die Interessenten bestimmte Bibliothek. Im übrigen, so schreibt die „Korrespondenz“, sollen auf dem Grundstück nach Bedarf einfache Gebäude nach dem Pavillonsystem zur Aufnahme der Ausstellungsgegenstände errichtet werden. Die Beschaffung dieser Gegenstände wird im allgemeinen ohne Kosten für die Verwaltung in der Weise erfolgen können, daß einzelnen Arbeitgebern, Erfindern oder Fabrikanten neuer Einrichtungen für Unfallverhütung unentgeltlich Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen sie die von ihnen eingeführten oder hergestellten Einrichtungen dieser Art zur öffentlichen Kenntnis bringen können. Der Fabrikanten oder Erfindern wird auf diese Weise eine Gelegenheit geboten, brauchbare Unfallverhütungseinrichtungen vor einem Publikum solcher Interessenten zur Anschauung zu bringen, die als Käufer der Ausstellungsgegenstände in Betracht kommen. In ähnlicher Weise wird auch den Verfassungsgesellschaften Gelegenheit zur Ausstellung geboten werden. Diese Einrichtung bietet für die Verwaltung des Museums den großen Vorteil, daß sie nicht einen Bestand von Maschinen und Modellen ankaufte, die naturgemäß mit der Zeit überholt werden und veralten, vielmehr können, sobald dieser Fall eintritt, die Gegenstände dem sie ausstellenden Eigentümer zurückgegeben und durch neuere Erfindungen ersetzt werden. Für eine sorgfältige Auswahl der auszustellenden Gegenstände, wobei insbesondere ihre Zweckmäßigkeit und die Anschaffungskosten zu erwägen sind, würde durch die Verwaltung gesorgt werden. Die Einrichtung einer Kasse wird es ermöglichen, Modelle und Maschinen in gebrauchsfähigem Umfang auch im Betrieb vorzuführen.

Nach ähnlichen Gesichtspunkten sollen auch die Ausstellungen für Wohnungs- und Nahrungsmittel-Hygiene angelegt und fortlaufend nach den neuesten Stande der Praxis und der Wissenschaft entwickelt werden. Nach Maßgabe der verfügbaren Mittel läßt sich die Pflege weiterer Zweige der Arbeiterwohlfahrt anstreben.

Abgesehen davon, daß auch mit nicht allzu hohen Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln und mehr mit dem guten Willen oder dem Geschäftsinteresse der Unternehmer gerechnet wird, ist dies doch alles nur Zukunftsmusik. Gefordert wird für 1900 nur das Geld für Erwerbung des Grundstücks und für Errichtung eines „kleinen einfachen“ Verwaltungsgebäudes. Man wird noch nicht das allergeringste der vielen Schritte, die man wahrscheinlich fordern wird, für das hierzu nötige Geld bauen können.

## Die Aufgabe von Colenso.

Die Annahme, daß die Engländer auch die wichtige Position von Colenso räumen müßten, befestigt sich nun endgültig. Natürlich sämtlich die englischen Meldungen den Rückzug mit allerlei tapferen Thaten. So wird den „Daily News“ aus Estcourt (südlich von Colenso, nächste größere Population nach Pietermaritzburg) vom 3. November gemeldet: Bevor die Räumung von Colenso beschlossen wurde, machte der Feind den Versuch, einen Infanterie-Vorposten abzuschneiden. Die kleine Truppen-Abteilung erhielt aber rechtzeitig erfolgreiche Unterstützung. Das Feuer der britischen Geschütze war wirksam. Viele Boeren fielen und ein Tausend derselben wurden als tot auf dem Kampfsplatz zurückgelassen. Dem Feinde wurden außerdem 20 Pferde getötet, die übrigen gingen durch. Der Rückzug der britischen Streitkräfte von Colenso wurde hauptsächlich deswegen beschlossen, weil der Feind eine lange Reihe von Geschützen aufgestellt hatte, welche die Stellung unhaltbar machten.

Der „Katal Advertiser“ in Durban meldet vom 3. November: Die Garnison von Colenso rettete alle Vorräte, Zelte, alles Handwerkszeug usw. Der Feind war etwa 5000 Mann stark, darunter eine neubingekommene Abteilung Freischäar-Boeren. Ein gepanzerter Zug leistete glänzende Dienste, indem er eine Abteilung des Dublin-Regiments zum Entzweigen eines von Freiwilligen gehaltenen Kuhensforts heranzog.

### Kämpfe um Ladysmith.

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet vom 4. d. Mts., mittags aus Estcourt: Hier ist soeben ein glaubwürdiger Vortag aus Ladysmith eingetroffen, welcher während der letzten Nacht durch die Pläne der Boeren gedungen ist; derselbe berichtet, daß am Donnerstag ein heftiges Gefecht rund um Ladysmith stattgefunden hat. Am heftigsten war der Kampf bei Tatham's Farm, im Westen von Ladysmith. Die Engländer trieben die Boeren, welche schwere Verluste erlitten, in ihre Lager zurück; dreißig britische Boeren wurden zu Gefangenen gemacht. Am Freitag wurde das Gefecht wieder aufgenommen. Die Boeren feuerten vom Rossdwaal-Berg, in der Nähe von Bepworth Farm, aus. Der Feind wurde wiederum mit Verlusten nach dem Lager zurückgetrieben. Ein starkes Kommando mit Artillerie hat an der linken Seite des Lagers eine Stellung eingenommen, welche drei Farmen gegenüber Vethers Station beherrscht. Ein kleines Kommando hat an der Südküste bei Pieters Station ein Lager bezogen, welches die Eisenbahn beherrscht. Bei Colenso sind keine Verluste erlitten. Eine Abteilung Marinemannschaften mit Geschützen kehrt heute zum Schutze der Einwohner nach Pietermaritzburg zurück. — Die Verluste der Boeren an Toten, Verwundeten und Gefangenen in dem Gefecht bei Tatham's Farm sollen 800 Mann betragen.

London, 7. November. Aus Ladysmith, Mafeking und Kimberley fehlt bis heute abend jede offizielle Nachricht. Man glaubt immer mehr an die Hebergabe von Ladysmith, obwohl General Buller es für nötig erachtet hat, das schwere Geschütz des Kriegsschiffes „Terrible“ auszuweichen, um den Versuch zu machen, dasselbe nach Ladysmith zu bringen. Auch kleinere Geschütze wurden aufgeschifft. Die telegraphischen Verbindungen zwischen Estcourt und Pietermaritzburg sind vollständig abgeschnitten.

London, 7. November. Das Kriegsministerium hat heute folgende Depesche des Generals Bullers aus Kapstadt erhalten. Heute nachmittags, 1 Uhr, ist mir durch Vermittlung des Gouverneurs von Natal folgendes von gestern datiertes Telegramm des in Estcourt

kommandierenden englischen Generals zugegangen: „Als am Freitag die Feindlichkeiten bei Ladysmith eingestellt waren, wurde noch an diesem Tage auf Verlangen des Bürgermeisters von Ladysmith von dem General Buller ein Zouber eine Mitteilung erteilt, in welcher Zouber erklart wurde, zu gestatten, daß die Nichtkombattanten, die Kranken und die Verwundeten nach Süden abziehen dürften. Zouber lebte dieses Angebot ab, gestattete aber, daß sich die Leute in ein besonderes Lager in vier Meilen von Ladysmith entfernt begeben dürften. Die Bevölkerung der Stadt weigerte sich dieses Angebot Zoubers anzunehmen, somit verließen sie nur die Kranken, die Verwundeten und wenige Ortsanwieser die Stadt. Western wurden nur wenige Schiffe zwischen den Vorposten gemeldet. Bei dem Bombardement vom Freitag fielen einzelne Granaten in das Hospital, auch in das Hotel fiel eine Granate zur Frühstückszeit und plagte, es wurde jedoch niemand verletzt. Ueberhaupt ist bisher durch die Granaten in der Stadt nur ein Haufen am Mittwoch getötet worden. Am Freitag führten die Truppen unter General Brodiehurst in der Richtung auf Dundee eine schnelle Aktion aus, sie trieben die Boeren eine beträchtliche Strecke zurück und brachten ein Geschütz derselben zum Schweigen. Ein weiteres Geschütz fand am Simbulwana-Berge statt. Die englischen Verluste belaufen sich insgesamt auf 8 Tote und etwa 20 Verwundete. 98 Mann, welche bei Dundee verwundet und uns zugeführt wurden, sind am Sonnabend hier eingetroffen. Sie befinden sich alle wohl. Unsere Position wird hier jetzt für vollkommen sicher gehalten, sie ist in den letzten 24 Stunden noch erheblich verstärkt worden. Die Bevölkerung hat ihre Wohnungen verlassen und hält sich in bombensicheren Räumen auf. Vorräte aller Art sind reichlich vorhanden. Hauptmann Knapp und Lieutenant Pralant sind bei der Aktion am Freitag gefallen. Das vorstehende ist der Wortlaut eines Telegramms des Präsesors, welches ein Kaffernläufer nach Estcourt gebracht hat.“ Weitere amtliche Nachrichten liegen nicht vor.

Estcourt, 5. November. (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.) Der Panzerzug, der gestern über die Tugela-Brücke fuhr, fand, daß Colenso, sowie die Eisenbahn- und die Tugela-Brücke über die Tugela unbeschädigt waren. Eine starke Abteilung Freischäar-Boeren wurde sechs Meilen nördlich von Colenso bemerkt; es waren vermutlich solche, die am Freitag mit englischen Truppen aus Ladysmith im Gefecht gewesen waren und schwere Verluste erlitten hatten. Gerüchthweise verlautet, Krilander aus Natal hätten an diesem Gefecht auf Seiten der Boeren teilgenommen.

### Aus Pietermaritzburg.

Der Hauptstadt von Natal wird gemeldet: Der Gemeinderat hat sich zu dem Gouverneur der Natalkolonie begeben, um ihn über die Verteidigung der Stadt zu betragen. Derselbe versicherte, daß alles zur Verteidigung der Stadt Notwendige geschehen sei. Die Mitglieder der Schützenvereine sind zu einer Verteidigungskolonie zusammengetreten. Auch ein Artilleriecorps und ein Krankenwärterscorps sind gebildet worden. Der telegraphische Verkehr mit dem Gebiet nördlich von Estcourt ist völlig unterbrochen.

### Vorräten im Süden.

Kapstadt, 7. November. (W. H.) Die Boeren rücken auf Mtwanath nach Süden vor; sie wurden durch die Boeren von Bethule und diese wiederum durch Holländer verstärkt.

London, 7. November. (W. H.) Den letzten Meldungen aus Ladysmith zufolge, ist General Zouber mit einem Teile seiner Truppen nach Süden aufgebrochen, allem Anschein nach, um einen Vorstoß auf Pietermaritzburg zu machen. Er hält die Brücke über den Tugelafluß und steht im Begriff, die Stadt Estcourt anzugreifen.

### Vom Kriegsschauplatz im Westen.

London, 7. Novbr. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Kimberley vom 1. d. Mts.: Die Kimberley belagernden Boeren sind durch 1500 Mann verstärkt worden, die von Mafeking her kamen. Die Belagerer sind hauptsächlich damit beschäftigt, die Mauerschleichen außerhalb der Stadt zu zerstören. Heute brachten sie das der Debeers-Gesellschaft gehörende Dynamitlager, das sich 7 Meilen von der Stadt entfernt befindet, zur Explosion; 35 Tons Dynamit explodierten mit fürchterlichem Knall.

Kuruman (Betschuanaland), 3. November. Heute morgen traf aus Mafeking ein Denschenreiter ein. Er berichtete, Oberst Baden-Powell habe den Boeren eine Anzahl Mausefellen und Pferde weggenommen. Täglich kamen Gefechte vor, in denen die Garnison von Mafeking immer erfolgreich sei. Eingeborene berichteten, die Kolonne des Obersten Plumer rücke vor auf ihrem Wege nach Mafeking.

### Schiff gescheitert.

Kapstadt, 7. November. (W. H.) Mehrere englische Truppen-transportschiffe sind seit drei Tagen überfällig. Das Schiff „Urania“, an dessen Bord sich Artillerie befand, ist gescheitert.

### Haltung der Mächte.

Der Londoner „Morning Post“ wird aus Petersburg vom 6. November gemeldet: Rußland, Frankreich und Spanien hatten über die Frage bezüglich einer Intervention zwischen Großbritannien und Transvaal verhandelt und hatten sich darüber geeinigt, eine gemeinsame Note abzugeben, in welcher ein Schiedsgericht in Vorschlag gebracht werden sollte. Die Vorbedingung ihres gemeinsamen Vorgehens war aber die Mitwirkung Deutschlands gewesen, welches ablehnte.

Hierzu bemerkt „W. T. W.“: Ueber gemeinsame Aktionspläne von Rußland, Frankreich und Spanien in der Transvaalfrage ist hier nicht das Geringste bekannt. Jedenfalls können wir auf das bestimmteste erklären, daß keine derartigen Pläne von irgend einer Seite zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht worden sind. Letztere war daher auch nie in der Lage, solche oder ähnliche Vorschläge abzulehnen.

Der „Figaro“ will aus Berlin erfahren, die deutsche Reichsregierung werde auf eine englisch-portugiesische Abmachung wegen Delagoas mit der Angliederung der Tagerbai an Damaraland antworten.

Der frühere Unterstaatssekretär im französischen Kolonialamt Etienne empfiehlt im „Figaro“, Englands derzeitige Verlegenheit zu benutzen, um alle schwebenden französischen Forderungen geltend zu machen, sich jedem englischen Unternehmen gegen Delagoa im Hinblick auf die Sicherheit Madagaskars zu widersetzen und sich in Nordwest-Afrika und Sien Vorteile zu sichern.

Brüssel, 7. November. (W. H.) Anlässlich der Meldung, die Regierung Transvaals beabsichtige Auerbriefe auszustellen, wird von autoritativer Seite erklärt, daß die Transvaal-Regierung nicht im mindesten daran denke, sich durch einen solch völkerrechtlich unsehrbaren, militärisch ansichtslosen und politisch misslungen Akt die Sympathie der Mächte zu verdienen.

Petersburg, 7. Novbr. (W. H.) Infolge eines Verbots seitens der Regierung unterbleibt die Abreise des russischen Freiwilligen-corps nach Transvaal.

## Versammlungen.

Die Maurer der centralen Richtung waren gestern, Dienstag, sehr zahlreich im großen Saal von Keller in der Koppenstraße versammelt, um endgültig über die allgemeine Durchführung der mit dem Arbeitgeberbund vereinbarten Arbeitsbedingungen Beschluß zu fassen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt, daß sie an der Forderung für Erklämpfung guter Verbände und Aborte, sowie an der festgesetzten Arbeitszeit, überhaupt an den von der Schlichter-Kommission festgelegten Arbeitsbedingungen unter allen Umständen festzuhalten gewillt ist. Die Versammlung erkennt in der Bewilligung guter Verbände, Aborte, einer geregelten Arbeits-

zeit usw. ein Mittel, die Gesundheit der Arbeiter zu fördern und die unheilvollen Wirkungen unserer Berufskrankheiten um ein Bedeutendes zu vermindern. Die Versammlung erwartet nun gerade von den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes, daß sie ihrer Pflicht eingedenk sind und die Arbeitsbedingungen vollständig auf ihren Bauten durchführen. Die auf den Bauten der Bundesmitglieder arbeitenden Kollegen werden nochmals aufgefordert, jeden Verstoß gegen unsere Rechte der Lohnkommission schleunigst zu melden.

Auf den Bauten derjenigen Unternehmer, welche nicht Mitglieder des Bundes sind und auch die neuen Arbeitsbedingungen noch nicht eingeführt haben, sollen am morgigen Tage (Mittwoch) unsere Kollegen zum wiederholten Male die Forderung auf Anerkennung der Bestimmungen stellen. Auch die mündliche Anerkennung unter Vorsein eines Zeugen, sowie die sofortige Inangriffnahme der Beseitigung der gerügten Missethate gilt als Bewilligung.

Wo diesen berechtigten Wünschen der Versammlung nicht stattgegeben wird, verpflichten sich unsere Kollegen, am Freitag, den 10. d. M., früh die Arbeit so lange einzustellen, bis Anerkennung unserer Forderung erfolgt ist. Jedoch wird den betreffenden Kollegen zur Pflicht gemacht, die Weigerung der Unternehmer schon vom Mittwoch ab der Lohnkommission zu melden, so daß wenn irgend möglich, eine Verhandlung der Arbeitsüberlegung vorausgehen kann.“

Die Erlegung der Lohnmatur auf verschiedenen Bauten durch Accordmatur gab Anlaß zu einer Debatte, die mit der Annahme einer Resolution endete, in der gefordert wird, daß die Schlichter-Kommission eine Entscheidung der Differenzen bei Paas, Wahl, Veist und Dräger herbeiführen soll, eventuell wird man das Gewerbegericht anrufen.

Schöneberg. Eine öffentliche Versammlung fand gestern (Dienstag) abend in der Schloßbrauerei statt. Genosse August Bebel hatte das Referat übernommen und sprach anlässlich der heute stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen über: „Die Wichtigkeit der Stadtverordneten-Wahlen“. Schon lange vor Beginn der Versammlung waren Saal und Vorraum gefüllt und immer neue Scharen kamen herbeigeströmt, um vergeblich Einlaß zu begehren, da das Lokal abgesperrt wurde. In vorrefflicher 1/2stündiger Rede kritisierte Redner unter häufigem Beifall der Anwesenden an der Hand eines reichen Materials das Verhalten unserer Gegner. Er weist auf die Wünsche der Regierung in Bezug der Einsetzung eines sog. Präfeldes hin, schildert die Dankbarkeit der Bürgerchaft, der es zu danken sei, daß diese traurigen Verhältnisse sich immer mehr zuspitzen. Zudem Redner auf die einzelnen Punkte unseres Gemeindeprogramms ein, ebringt er den Beweis der unumstößlichen Berechtigung unserer Forderungen. In eindringlichen Worten fordert er die Wähler Schönebergs auf, am Tage der Wahl ihre Schuldigkeit zu thun, um unsere Kandidaten zum Siege zu verhelfen. (Stimmlicher Beifall.)

An der sich anschließenden Diskussion, an welcher sich die Genossen Ost und Schubert beteiligten, stimmte man den trefflichen Ausführungen Bebel's zu. Mit einem kräftigen Appell und einem Hoch auf die Socialdemokratie schloß Genosse Schubert die Versammlung.

## Sociale Rechtspflege.

Verjährung eines Anspruchs auf Unfallrente. Der Arbeiter Müller verlangte im April 1898 eine Rente wegen der Folgen eines Unfalles, den er nach Zeugenaussagen bereits im Jahre 1893 erlitten hat. Nachdem das Schiedsgericht seinen Anspruch wegen Verjährung abgewiesen hatte, legte M. Rekurs ein und machte geltend, daß er bestimmte Schmerzen erst im Jahre 1897 als Folgen des Unfalles von 1893 erlitten habe. Vorher sei ihm ihre Ursache unbekannt gewesen. Das Reichs-Versicherungsamti wies den Kläger ebenfalls ab, indem es zur Begründung ausführte: Es müßte hier selbst dann die Verjährung angenommen werden, wenn M. erst im Jahre 1897 die Folgen des Unfalles als solche erkannt hätte. Allerdings wäre M. in diesem Falle nicht schon durch das Verstreichen der gesetzlichen zweijährigen Frist seit dem Unfalle seiner Rechte verlustig gegangen. Auch nach dem Erkennen des Zusammenhanges zwischen seinen Beschwerden und dem Unfalle hätte er seine Ansprüche noch geltend machen können. Er hätte dies nun aber innerhalb einer angemessenen kurzen Frist thun müssen, nicht erst im April 1898, d. h. nach mehr als einem halben Jahre. Das sei entschieden zu spät.

## Resultat der Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg.

Bei der heutigen Wahl für die dritte Abteilung errang unsere Partei einen glänzenden Erfolg. Gewählt wurden

### Vaake und Sirch,

lehterer mit großer Majorität. Beide Bezirke sind neu erobert. Die Parteigenossen Vorchardt, Sellin und wahrscheinlich auch Scharnberg stehen in ausrichtsvoller Stichwahl. Die Stimmengahl für die Partei hat sich fast verdoppelt.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Die Reichstagsnachwahl in Ehlingen.

Ehlingen, 7. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl erhielten Schlegel (Soz.) 11263, Geh 10457. Endresultat noch nicht vorhanden. Sieg scheint sicher.

Barmen, 7. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Arbeiter der Dampfessel-Fabrik Siller u. Jannert in Barmen sind heute, 120 Mann stark, in den Ausstand getreten. Zugung ist streng fernzuhalten.

Kiel, 7. November. (W. T. W.) Die hiesige Strafkammer verurteilte den dänisch gesimten Redacteur Jessen aus Hensburg wegen schwerer Beleidigung der Richter der Strafkammer in Hensburg, begangen durch Veröffentlichung eines Artikels über die nord-schleswighischen Zustände in einer Kopenhagener Zeitschrift, zu sechs Monaten Gefängnis.

Frankfurt a. M., 7. November. (W. H.) Die „Frankf. Jtg.“ meldet aus Madrid: Die spanische Kommission beschloß, angesichts der ergebnislosen Bemühungen nach Barcelona zurückzukehren. Sie veröffentlichte eine Mitteilung an die Presse, welche besagt, sie sei stets mit Verpfechtungen abgesehrt worden. — Die Lage in Barcelona wird immer bedenklicher. Der Staatshalter konstatiert, daß trotz des drakonischen Entlasses 500 Gewerbetreibende ihre Steuern nicht entrichtet hätten. Er kündigt an, daß wenn binnen 48 Stunden die Steuern nicht entrichtet wären, er die betreffenden Geschäfte werde schließen lassen. — Silvela hielt gestern im Unterhaus eine wilde Rede; er erklärte: Keine es, was es wolle, und seien es Ströme von Blut; dem Gesetze werde er Geltung verschaffen.

Budapest, 7. Novbr. (W. H.) Nach Szells Rede beendete das Abgeordnetenhaus die Debatte über das Budget-Provisorium und nahm den Entwurf mit außerordentlich großer Majorität an.

Dundee (Schottland), 7. November. (W. T. W.) Die Banlich-leiten der „Dundee-Schiffbau-Gesellschaft“ sind nahezu gänzlich niedergebrennt. Die meisten in Arbeit befindlichen Gegenstände, darunter zwei auf dem Stapel befindliche, für Londoner Meeder bestimmte Schiffe, sind vernichtet.



Unsern neuesten Kurs.

- Oktober
2. Würth. 5 Drechsler wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 8 bzw. 14 Tage Gefängnis.
Oberfeld. Ein Zimmerer wegen Mißhandlung eines Streibrechers ein Jahr Gefängnis.
Adelmann. 50 M. Geldstrafe Genosse Denninger, Litzow wegen Verleumdung eines Polizeibeamten.
Frankfurt a. M. Genosse Zielowitz wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung einen Monat Gefängnis.
Wegen des gleichen Vergehens der Rauer Poth acht Tage Gefängnis.
Erfurt. Wegen Verleumdung eines Polizeibeamten Genosse Ray 50 M. Geldstrafe.
Pforzheim. 14, 10 und 5 Tage Gefängnis und 2 Tage Haft 8 Freiengedulten wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung bzw. das Preßgesetz.
Wankenburg a. S. 14 Tage bzw. 1 Woche Gefängnis die Maurer Kettig und Wabersky wegen Verleumdung von Streibrechern.
Vochum. Ein am Herner Streik beteiligter Schlepfer 6 Monate Gefängnis.
Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Feldmann 3 Monate Gefängnis wegen Verleumdung von Dattensbeamten.
Lüneburg. Der Maurer Welling wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zwei Monate Gefängnis.
Nürnberg. Wegen Verleumdung eines Meisters Genosse Gärtner 50 M. Geldstrafe.
Freiberg. Genosse Floß Dresden wegen Verleumdung eines Fabrikanten 100 M. Geldstrafe.
Dresden. Der Former Schmigen wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung einen Monat Gefängnis.
Ein anderer eine Woche Gefängnis.
Ein Maurer wegen Verleumdung großen Unfugs 20 M. Geldstrafe.
Karlsruhe. 50 M. Geldstrafe Genosse Kolb wegen Verleumdung eines Geistlichen.
Vochum. Ein am Herner Streik beteiligter fünf Monate Gefängnis, ein anderer 120 M. Geldstrafe.
Cibenburg. Genosse Meher-Delmenhorst 50 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Fabrikanten.
Erfurt. Wegen Verleumdung großen Unfugs Genosse Ray 50 M. Geldstrafe.
11. Vochum. 5 an dem Herner Streik Beteiligte insgesamt 23 Monate Gefängnis.
Plauen. 6 Wochen Gefängnis der Maurer Meißel wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
13. Niddorf. Genosse Schmidt wegen Verleumdung von Streibrechern 100 M. Geldstrafe.
14. Vochum. Wegen Verleumdung eines Redacteurs Genosse Wolf 14 Tage Gefängnis.
Frankfurt a. M. 6 Monate Gefängnis ein Zimmerer wegen Verleumdung eines Streibrechers.
Die gleiche Strafe Genosse Schönberg wegen verschiedener Vergehen, resultierend aus der Vernichtung einer Wöschschen Wäscherei als Unterlage eines Vortrages.
Wankenburg a. S. Die Maurer Winnig und Gähle wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung je 2 Monate Gefängnis.
16. Vochum. 50 M. Geldstrafe Genosse Wolf wegen Verleumdung des Abgeordneten Franke.
Derselbe wegen Verleumdung eines Lehrers 50 M. und Genosse Kaiser 20 M. Geldstrafe.
Endlich Genosse Wolf wegen Verleumdung von Rechtsbeamten 200 M. Geldstrafe, und wegen Verleumdung großen Unfugs sechs Wochen Haft.
Hamburg. Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz der Vorsitzende des Arbeiter-Hilfsvereins 20 M. Geldstrafe.
17. Königsberg. 50 M. Geldstrafe Genosse Rakutt wegen Verleumdung eines Polizeibeamten.
Dresden. Genosse Haenisch wegen Verleumdung von Polizeibeamten 2 Monate Gefängnis.
Wegen einer anderen Verleumdung 75 M. Geldstrafe.
18. Wriezen. Je 15 M. Geldstrafe die Genossen Koloff, Görke und Reichert wegen Verleumdung großen Unfugs.
19. Tschöe. Wegen Verleumdung Genosse Hermann drei Tage Gefängnis.
Der Genosse hatte namens dreier Personen gegen die Nichtigkeit der Bürgerrolle reklamiert, ohne Auftrag dazu erhalten zu haben.
20. Wilsch. Je 14 Tage Gefängnis Genosse Schneider und Frau wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
Dergleichen die Gerber Bindenagel und Clausen wegen des gleichen Vergehens je 14 Tage Gefängnis.
Wegen Verleumdung Streibreicher die Ehefrau Schütt 6 M. Geldstrafe.
Und endlich der Gerber Carstens wegen unerlaubten Kollektirens 30 M. Geldstrafe.
21. Chemnitz. Wegen Mißhandlung Genosse Kiefer-München zwei Monate, Genosse Langer-Chemnitz einen Monat und Genosse Lohje-Chemnitz drei Wochen Gefängnis.
Würth. Der Schreiner Meier wegen Verleumdung eines Streibrechers 5 Tage Gefängnis.
22. Posen. 15 M. Geldstrafe Genosse Bogowsky wegen Liebertretung des Preßgesetzes.
23. Hamburg. Wegen des gleichen Vergehens ein Aufseher eine Woche Gefängnis.
Juidkan. In der Berufungsinstanz drei Maurer wegen Hausfriedensbruchs je eine Woche Gefängnis.
Halberstadt. Genosse Verla wegen Verleumdung der Verwaltung des Justizamtes werden drei Monate Gefängnis.
24. Dresden. Je drei Tage Haft drei Maurer in der Berufungsinstanz wegen Verleumdung großen Unfugs.
Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Ray-Erfurt 50 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Polizeibeamten.
25. Berlin. Der Steinträger Langner wegen Nötigung 4 Monate Gefängnis.
26. Kiel. 100 M. Geldstrafe Genosse Lützens wegen Verleumdung von Polizeibeamten.
27. Dresden. In der Berufungsinstanz Genosse Beyer und der verlorbene Genosse Jacoby-Berlin je 2 Monate und Genosse Leudes 1 Monat Gefängnis wegen Verleumdung der Redaction des „Dresdener Journals“.
Vochum. Die beiden letzten Abgeordneten von dem am Herner Streik beteiligten 6 und 9 Monate Gefängnis.
28. Juidkan. Wegen Streikpostenstehens drei Maurer je 4 Monate Gefängnis.
29. Halle. Genosse Weichmann 2 Monate Gefängnis wegen Verleumdung sämtlicher Referendare.
Dresden. Zwei Monate Gefängnis Genosse Böbe wegen Mißhandlung.
Bassing. Wegen Verleumdung großen Unfugs Genosse Brenninger 20 M. Geldstrafe.
Dresden. Genosse Kühn-Milten wegen Liebertretung des Vereinsgesetzes 10 M. Geldstrafe.
30. Zollingen. 30 M. Geldstrafe Genosse Franzen wegen Verleumdung des früheren Genossen Langenberg.
Insgesamt wurden erkannt auf 11 Jahre und 11 Wochen Gefängnis und 1401 M. Geldstrafe.
Berlin, den 6. November 1899.
Der Parteivorstand.

Zum Voerenkrieg.

Von Karl Weickert.

Die fürchterlichste Blamage, die je das heilige Unfehlbarkeitsdogma vom stehenden Heere und der Verammlichkeit von Miliz und Volksaufgebot erlebte! Um sich damit abzufinden, schüben konservative Pressestimmen vor: die Voeren seien eben alle waffenlos im Schilde und außerdem gottesfürchtige Konservative, also in allem der Gegenpart demokratischer Volkswehr, wie Vebel sie erträume. Nun weiß jeder denkende Hausmann, daß heut' das gute Schicksal bei der Erweiterung der Herzogtüme und der Massenhaftigkeit der Volkshervorstreuung seine Bedeutung verlor. Im übrigen können sich unsere Hörer, Jagdbesessenen, Wildbeibe, zahllosen Schützenvereine bedenken: sie, die doch sämtlich der Miliz angehören würden, können also nicht säckchen? Und Arbeiter, Handwerker, Bauern besitzen keine körperliche Gewandtheit und Ausbildung? Wäre dem aber so, so soll ja eben der Milizdienst ihnen diese Übung von Jugend an beibringen. Die Gottesfürcht der Voeren — das ist nun zum Entzücken gar! Ja freilich, da dort jeder Eigentum und Familie besitzt, hat er berechtigten Grund, für die bestehende Ordnung einzutreten. Die Voerenfrömmigkeit aber deckt sich einfach mit jener der alten Puritaner, die mit Schwert und Bibel dem Absolutismus und Feudalismus den Kopf abschlugen. Daß diese Religiosität andernorts Gefühlsboden entspricht, wie die harmlose Kirchlichkeit jenseitlicher Klubs der Harmlosen, bedarf keiner Erörterung. Im übrigen kommt es schließlich auf gleiche hinaus, ob man zum Herrn der Heerscharen als puritanischer Republikaner betet oder zum Ideal der Freiheit, wie die französischen Revolutionsheere, die doch ohne Gottesfürcht recht Ansehliches geleistet haben! Vor allen Dingen vergesse man nicht solche absichtliche Verwechslung mit dem Miliz-Prinzip: die Voeren haben eben nicht mal eine Miliz im schweizer Sinne, wie sie auch in der Schweiz ja erst seit 1874 in ersten schwachen Anfängen besteht; sie bilden vielmehr nur ein improvisiertes Volksaufgebot. Wir brauchen den Namen „Miliz“ stets in diesem Sinne; denn sonst darf man die amerikanische Volksgewalt, Grants und Lees, die Ungarn Gorgeß, die Franzosen Dumas und Carnot, Chanz und Gambetta auch nicht Milizen nennen: Sie alle waren einfach levées en masse, Volkswehr im wörtlichsten Sinne. Die geschichtliche Erfahrung spricht also, richtig beachtet, nicht für den Wert der Miliz, von dem wir noch nichts wissen, sondern für die energischen Volksaufgebote, wie es bei Revolution und jeder sonstigen Befreiungskampfung gegen den Landesfeind aus der Erde wächst. Und hier geraten wir von einer Ueberrückung in die andere. Daß die Voeren einen zähen schlanen Quercitkrieg führen und es an Hingebung nicht fehlen lassen würden, ist man voraus. Was wir aber erleben, das ist nicht Guerillas, sondern das ist der große Krieg, der Krieg. Die strategische Operation gegen Ledmitz trägt alle Merkmale einer wissenschaftlichen Kunst, die taktische Handhabung der Massen während des Treffens mit plötzlichen Frontwechseln dergleichen. Gänzlich also ist die Legende widerlegt, daß Volksaufgebote keine Mandrierfähigkeit besitzen, während in Märchen und tatsächlichen Evolutionen sich diese angeblichen Scharen den britischen Soldaten sogar überlegen zeigten.

Der etwa von Minderwertigkeit englischer Soldaten neben continentalen fabeln sollte, zeigt nur, daß er sie nicht kennt. Britische Troupiere sind denen jedes anderen Drillsheeres gewachsen, nur eben dem Volksaufgebot erliegen sie, wie so oft schon ähnliche Beispiele der Geschichte lehren. Daß größere Führerbegabung meist bei letzteren vorwaltet, steht gleichfalls fest. Gleichwohl glauben wir die außerordentlichen Erfolge der Voeren nicht aus Talent einzelner Führer herleiten zu sollen, sondern aus der innerlich treibenden Spannkraft jedes Volksaufgebots mit entschlossenem moralischem Faktor.

Dabon will man natürlich nichts hören, sondern verschleierte mit allen Mitteln der Lüge und Entstellung die Wahrheit, was ja bei so mangelhafter Ehrenhaftigkeit, wie wir sie aus Erfahrung z. B. an der „Aren-Zeitung“ kennen, — die jüngst wieder Verleumdungen ihrer Verleumderin laut § 11 des Preßgesetzes ignorierte — nicht wunder nimmt. Selbst das rühmliche Monumentalwerk des russischen Staatsrats Bloch gegen den Krieg erkräftigt kein Sterbenswörtchen für diese mögliche Lösung durchs Milizsystem, statt seiner löschpapiernen Säpberichte. Dagegen hat der Artilleriehauptmann Galton noch seinem letzten erschienenen Buche „L'armée d'une démocratie“ unsere Ausführungen mehrfach zu Grunde gelegt mit ausführlichen Citaten, auch aus Vebels Wochenschrift.

Zweifellos gewährt die gewohnheitsmäßige Dienstgenauigkeit festgesetzter Hierarchie gewisse Vorzüge, aber es faßt sie allemal ein Hang zur Bedanterie an, der beim Deutschen besonders verhängnisvoll wird, den das staatliche Bevormundungssystem und sein Autoritätsglaube noch nicht zur Selbstständigkeit des Angestellten erzogen. So lange die Dinge nicht schief gehen, rasst die Maschine weiter, doch die erste Erschütterung zeigt ihre Verwundbarkeit. Es steht noch in böser Erinnerung, wie jämmerlich sich im Oktober 1806 das Weimarerische Preßregiment blamierte. Und doch stand an seiner Spitze in dem so musterhaft verwalteten Kleinstaat kein Geringerer als Goethe, der aber wie alle anderen den Kopf verlor. Nur im Volke selbst, in den Bürgern von Colberg, entwickelten sich Elemente des Widerstandes, der Wiederbelebung, wie die französischen Volksaufgebote von vornherein viel schneidiger ihre Aufgabe erfüllt hatten.

Wenn Boguslawski erklärt, Milizen würden im Laufe des Krieges besser, um sich mit meinen unfehlbaren Ueberrückungen abzufinden, daß sie bald wie Veteranen ihr Handwerk verstehen, so vergleiche Friedrich II. an Fouquet: „Unsere Infanterie, die sich nur vor schlechtem kann, je mehr der Krieg sich in die Länge zieht“. Daß ein Volkstheil die Kräfte eines regulären Heeres viel rascher verbräunt, steht sogar das „Mil. W.“ in einem gut orientierenden Aufsatz über die Transvaal-Lage zu. Stehende Heere verschlechtern sich im Lauf des Krieges, Milizen verbessern sich — beides aus inneren zureichenden Gründen. Vorzüglich stellte übrigens Bloch („Der Krieg“, Band VI, p. 206—8) die Ursachen zusammen, aus denen die Anzugslosigkeit, ja Schändlichkeit der Mondvorräte hervorgeht. Solche Theatereffekte als Spielerei für hohe Personen erweisen die schärfsten Illusionen, täuschen aber jede praktische Realität.

Nach Vaquero und anderen französischen Statistikern sind in dem Krieges des Kaiserreichs 2 Millionen Menschen umgekommen; dagegen blieben von der Milizaufhebung seit 1793 — nicht in diesem Jahre allein, wie Bloch irrtümlich citiert — nach zehn Jahren noch 667 558 Mann unter Waffen von ursprünglich 1,380 000. Somit verhältnißmäßig die Riege der Revolution trotz ungenügender Ausrüstung (wovon wir in verschiedenen historischen der Regimente lehrreiche Proben fanden) nur ein Drittel der Einbuße, die das stehende Heer Napoleons dem Lande kostete. 1793 rückten tatsächlich kaum 700 000 Mann ins Feld bei einer Bevölkerung von 27 Millionen; 1870 bewaffnete Frankreich, dessen Bevölkerung nur um 10 Millionen zugenommen war, ungefähr 8 Millionen Menschen (laut Kunz „Die Provinzialarmeen“), woraus erhellt, daß die Mittel zur Wehrfähigkeit sich vervierfachen, somit Milizprovisionen heut viel leichter und zweckmäßiger wurden. Deutschland mit seiner viel stärkeren Bevölkerungsziffer stellte 1870 nur 1 184 000 Mann ins Feld, woraus man den Unterschied der numerischen Wehrfähigkeit einer Volkserhebung ermessen mag. Im amerikanischen Bürgerkrieg lieferten die Nordstaaten 2 860 000 Milizkrieger, wovon nur 18 Proz. umkamen.

Napoleon verlangte am 27. März 1815 vom Kriegsminister Davout, er solle ihm eine genaue Denkschrift über die einjährige Sambre- und Maas-Armee von 1794 aufstellen lassen, um ihn für die kommende belgische Campaigne vorzubereiten. Treffend bemerkt hierzu General Pierron: dies rastlose Weiterlernen nach 20-jährigen

Feldzügen sei gerade ein Beweis für die Größe dieses Genies, — von dem ein Russe richtig sagt, daß alle deutschen Strategen zusammen noch nicht heranziehen. Aber wenigstens der Strategie durch angestrengtes Denken und Studieren sich wesentlich stärken wird, so bleibt die natürliche Begabung doch immer die Hauptsache. Sonst würden ja nicht in Revolutionen edle Feldherren und Organisatoren ohne jede Vorbildung emporgewachsen sein. Ibe Emporkommen wäre in Milizsystemen ungleich rascher und wahrscheinlicher, als im Schindrian stehender Heere. Wenn aber Comtes „La tactique de demain“ urteilt: „Die Civilisation hat gleichzeitig den Krieg kompliziert und die Anforderungen an Talent der Heerführer vereinfacht“, so bedeutet dies nichts anderes, als daß heut die Masse, das Volk selber, die Entscheidung in sich trägt: seine wirtschaftliche und moralische Spannkraft. Und so würde sich Napoleons klassisches Wort mehr denn je bewahrheiten: „In Zeiten des Unglücks kann es den Staaten an Soldaten fehlen, nie aber an Leuten zur Verteidigung des eigenen Territoriums.“

Totales.

Dritter Wahlkreis. Den Parteigenossen und deren Angehörigen die Mitteilung, daß am Sonntagabend 8 Uhr in Coburg Festsaal, Deutschstr. 20, eine Versammlung mit darauffolgendem gemüthlichen Beisammensein stattfindet. Den Vortrag wird Herr Ingenieur Grempe halten. Regen Besuch erwartet. Die Vertrauensperson.

Die Stadtverordneten-Wahlen

Vom Montag haben bei unseren Gegnern das zu erwartende Schütteln des Kopfes verursacht und sie zu den gewohnten Raunweglehren verleitet, die immer vertrieht werden, wenn man sich sonst vor Verlegenheit nicht zu helfen weiß.

Die liberalen Blätter trösteten sich über die socialdemokratischen Siege und die Niederlage ihrer Partei zum großen Teil mit dem wohlfeilen Hinweis, daß die Antisemiten erst recht schlecht abgeschnitten haben.

Das für das Sinnen und Denken des Fortschrittsphilisters am meisten charakteristische Blatt, die „Post“, trägt ferner Trost in dem Dreiklassenwahlrecht, das dem Freisinnigen, aller Mißstimmung des Volkes zum Trotz doch die Herrschaft sichert:

„Es kann auch nach Maßgabe der Reichstagswahlen für die Liberalen nicht beschämend sein, daß sie von ihren bisherigen neun Mandaten nur sechs behauptet haben und in zwei hoffnungsvollen Stichwahlen mit Socialdemokraten kommen. Eine Verklarung der socialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung ist nicht von Belang, da noch wie vor die Liberalen in der Versammlung über eine große Mehrheit verfügen werden.“

Die „National-Ztg.“ kommt durch die socialdemokratischen Siege zu der Einsicht, daß es nicht ohne Nutzen für die Kommunalverwaltung sei, wenn eine in der Gemeinde vorhandene starke socialdemokratische Partei unter den Stadtverordneten vertreten ist.

Im übrigen baut das Blatt auf die Gewaltspolitik des Liberalismus:

„Angesichts der bei den Reichstagswahlen festgestellten Stärke der Socialdemokratie in Berlin wird man es nicht zu bedauern brauchen, wenn sie in der Stadtverordneten-Versammlung durch eine Minderheit vertreten ist; 21 oder 24 Mitglieder unter 144 werden keinen Schaden anrichten können, sofern die Mehrheit solchen Zumutungen gegenüber, welche das „Endziel“ fördern oder die „revolutionäre Taktik“ zu Ehren bringen sollen, in energischer Abweisung zusammenhält; läßt sie es hieran fehlen, so wird der Magistrat ergänzend eingreifen müssen.“

Vielleicht versteht die „Nat.-Ztg.“ unter der Abweisung des „Endziels“ auch den traurigen Erfolg, den der Magistrat gestern vor dem Bezirksausschuß errungen hat.

Dreißig geberdet sich die linksfortschrittliche „Berliner Zeitung“. Wie sie bei den Stadtverordneten-Wahlen vor zwei Jahren trotz des großen Stimmenzuwachses, der unseren Kandidaten zu teil wurde, von einer Niederlage der Socialdemokratie schwärmte, so ist es ihr heute ein Selbstzweck, unseren Sieg in anderer Façon als vollkommen belanglos umzubieten:

Von den bisher im Besitze der Liberalen befindlichen sieben Wahlbezirken, die am Montag zu verteidigen waren, haben die Socialdemokraten einen einzigen gewonnen, zum Teil infolge der Veränderung der Zusammensetzung des Bezirks, zum Teil auch, weil der unterlegene Gegenkandidat den Liberalismus in seiner größten Verwahrheitung repräsentiert.“

Solchem trostlosen Vertheidigungsspiel gegenüber mußt der klare Blick der „Volks-Zeitung“ einem als ein Stück wirklichen Fortschritts an. Das Blatt beschäftigt sich vornehmlich mit den Misserfolgen der Antisemiten; es erinnert ferner an die Unterstützung, die Herr Richter bei der Reichstagswahl der Reaktion zu teil werden ließ und meint dann in Bezug auf die zwischen unserem Parteigenossen Glöde und dem Antisemiten Ulrich stattfindende Stichwahl:

„Wir wollen hoffen, daß die Ansicht, gleich den sächsischen Freisinnigen von den Organen der Krupp- und Stammgruppen und des Adwardtismus als „staatsverhaltend“ beholt zu werden, die Freisinnigen des 45. Bezirks nicht dazu verleiten wird, durch die Wahl des Antisemiten den Staat retten zu wollen. Zur Gegenseite halten wir es für ihre dringende Pflicht, mit allen Kräften für die Wahl des socialdemokratischen Kandidaten einzutreten, selbst auf die Gefahr hin, daß sie sich dadurch die Ungnade der freisinnigen Partei-Obzigkeit zuziehen.“

Wir wollen abwarten, ob die „Volks-Ztg.“ der Einsicht des Freisinnigen nicht zuviel zutraut.

Die reaktionäre Presse hat sich nur erst unvollständig gedührt.

Das Blatt der Herren Krupp & Co. sieht mit demselben Geschäftsblid, der es bestimmt, durch Propaganda der Flottenpläne seinen Auftraggebern Profit anzuschauen, auch das kommende Fallissement des Kommunal-Liberalismus sich vollziehen:

„Denjenigen, welche die Bewegungen in den breiten Massen der minder wohlhabenden großstädtischen Wählerklasse unbefolgen verfolgen, liefert auch der gestrige Wahlsieg nur einen neuen Beweis dafür, daß die Ablösung der in diesen Massen frühzeitig allein herrschenden bürgerlichen Demokratie durch die Socialdemokratie sich in immer rascherem Tempo vollzieht.“

Im entsehligen Regenjammer wehklagt die „Staatsbürger-Zeitung“ im Hinblick auf die parteilose Maschade ihrer Parteigenossen:

„Die Berliner Bewegung ist antisemitisch, und wenn sie es nicht ist, so wird sie auch nicht sein. Der Antisemitismus soll aber immer beiseite geschoben werden; man denkt, ohne ihn weiter zu kommen, und da liegt der Fehler! Diesmal hat man kein Auge prochener Antisemit mit Kandidat; die Antisemiten haben sich vollständig im Hintergrunde gehalten; und die Folge? Nur sie liegt jetzt klar zu Tage! Und die Lehre daraus ist die alte: Nur durch den Antisemitismus ist der Umsturz erfolgreich zu bekämpfen! Wie lange noch wird es dauern, bis diese Einsicht Platz greift?“

Es gebt Hut dazu, nach dem vollkommenen Bankrott des reinen Antisemitismus noch solche Phantasien zu dichten.



Bemerkte sei noch, daß die katholische „Märkische Volkszeitung“, die ihre Partei durch die bekannten Terroristenlisten so gelüftlich in Mißkredit zu bringen sucht, den katholischen Wählern im 45. Bezirk den Rat giebt, in der Stichwahl für den Antisemiten Ulrich zu stimmen. Es wird sich wohl kaum ein katholischer Arbeiter finden, der diesen thörichtesten Rat befolgt. Auch dürfte es unseren Genossen ein leichtes sein, diese Arbeiter von der Volkseindlichkeit eines solchen Rathschlages zu überzeugen. Mit ganzer Kraft ist dahin zu wirken, daß im 6., 7. und 45. Wahlbezirk bei den

am Montag, 27. November stattfindenden Stichwahlen die Socialdemokratie zu ihren jetzigen 21 Mandaten noch drei neue hinzu erobere!

### Die städtischen Heimstätten für Genußende

haben im letzten Jahre wiederum erheblich mehr Genußsuchende aufnehmen müssen als im Vorjahre. 1898/99 (bezw. 97/98) wurden aufgenommen von der Heimstätte für gnußsuchende Frauen in Wlankenburg 634 (621), von der für gnußsuchende Männer in Heinersdorf 539 (474), von der für tuberkulöse Frauen in Wlankenburg 414 (390), von der für tuberkulöse Männer in Wlankenburg 689 (687), überhaupt 2276 (2172) Personen, und zwar 25 (23) auf eigene oder der Angehörigen Kosten, 1698 (1514) auf Kosten von Krankenkassen, 37 (19) auf Kosten von Unfall-Versicherungsgesellschaften oder Altersversicherungs-Anstalten, 394 (477) auf Kosten der hiesigen oder auswärtigen Armenpflege, 44 (55) auf Kosten von Stiftungen oder Wohlthätigkeitsvereinen, 78 (84) auf Kosten des städtischen Freistellen-Fonds. Die Frequenz stellte sich im täglichen Durchschnitt in Wlankenburg auf 47 (43), in Heinersdorf auf 36 (30), in Wlankenburg auf 56 (53), in Wlankenburg auf 85 (83), zusammen auf 224 (200). Die Zahl der Aufnahmen wie die Durchschnittsfrequenz zeigte die geringste Steigerung in Wlankenburg; aber hier ist auch kaum noch eine Steigerung möglich, weil die Anstalt seit langem fast das ganze Jahr hindurch voll belegt ist. Die Frage der Vermehrung der Heimstätten ist ihrer endlichen Lösung näher gebracht durch den im März 1899 von der Stadtverordneten-Versammlung gefaßten Beschluß, auf dem Riezeltante Buch eine neue Heimstätte für brutkrante Männer zu errichten. Man wird sich erinnern, daß ein Antrag der socialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung bereits im Jahre 1897 eine Vermehrung der Heimstätten gefordert hat. Wie notwendig es gewesen wäre, schon damals darauf einzugehen, beweisen die Angaben des Jahresberichts pro 1898/99 über die Wartezeit, die vom Eingange des ärztlichen Attestes bis zur Aufnahme des Antragstellers in die Heimstätte verstrich. Sie betrug im Maximum, wenn von einigen Fällen besonderer Art abgesehen wird, in Wlankenburg 28 Tage, in Heinersdorf 14 Tage, in Wlankenburg 67 Tage, in Wlankenburg 63 Tage; sie dauerte aber in den Fällen besonderer Art, wo die leidige Kostenfrage vorher geregelt werden mußte oder um Aufschub gebeten worden war und freiwillig gewartet wurde, in Wlankenburg bis 42 Tage, in Heinersdorf bis 35 Tage, in Wlankenburg bis 84 Tage, in Wlankenburg bis 114 Tage. Die Anzahl der Vormeldungen war am größten in den Sommermonaten und stieg z. B. in Wlankenburg Ende Juli 1898 bis auf 149.

Zu solchen Zuständen hat die Gleichgültigkeit geführt, mit der die städtischen Behörden diese Angelegenheit so lange behandelt haben! Sie hat sich bitter gerächt, aber die Folgen werden natürlich nicht von der städtischen Verwaltung, sondern nur von den Kranken empfunden, die auf diese Anstalten angewiesen sind. Ohne jenen Antrag unserer Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung wäre in der Sache wahrscheinlich noch weniger geschehen. Sie stände wahrscheinlich noch heute so wie vor 2 Jahren, wo trotz des bereits damals sehr bedeutenden Antrages angeblich zur sofortigen Vermehrung der Heimstätten „kein Bedürfnis vorlag.“

Zur Reorganisation des städtischen Armenwesens kann der jetzt erschienene Bericht der städtischen Armenverwaltung pro 1898/99 nur melden, daß die Angelegenheit sich noch im Stadium der Vorberatungen befindet. Wie lange sie sich noch darin befinden wird, muß abgewartet werden. Der Bericht verweist im nächsten Jahre werde den städtischen Behörden der Entwurf einer neuen Verordnung über die Verwaltung des Armenwesens vorgelegt und eine ungarbeitete Geschäftsamtwahl beigefügt werden können. Ueber die bereits im Jahre 1898 erfolgte Schaffung von zwei Armenämtern, die als Einleitung einer Reform der Armenverwaltung gedacht waren, sagt der Bericht, daß sie sich der ihnen gestellten Aufgabe gewachsen gezeigt und für die bessere Führung der Armenkommissionen untereinander sowie für die Aufstellung allgemeiner Verwaltungsgrundsätze günstig gewirkt haben. Neue Armenämter sind aber bisher nicht geschaffen worden. Der Bericht erklärt das aus dem Wechsel im Vorjahr — im Juli 1898 wurde Stadtrat Münsterberg Vorsitzender der Armenverwaltung — und aus den in der Sache liegenden Schwierigkeiten. — Auf die ausführlichen Angaben des Berichts über die Verhältnisse der städtischen Armenpflege kommen wir noch zurück.

**Kommunale Socialpolitik.** Aus gewerkschaftlichen Kreisen schreibt man uns: Wie wenig socialpolitisches Verständnis die heute maßgebenden kommunalen Kreise besitzen, geht unter anderem auch aus dem losen Arbeitsverhältnis hervor, in dem sich der größte Teil der in den Betrieben der Stadt Berlin beschäftigten Arbeiter befindet. Die Mehrzahl der Arbeiter, welche in städtische Dienste treten, thun dies in der Hoffnung, dauernd bei der Stadt beschäftigt zu werden, und es kommen ja auch naturgemäß in den meisten Betrieben Entlassungen wegen Arbeitsmangels nicht vor. Trotzdem ist bisher dem größten Teile der städtischen Arbeiter eine Kündigungsfreiheit nicht eingeräumt worden, sondern sie können zu jeder Zeit und Stunde auf der Stelle entlassen werden.

Die städtischen Kanalisationswerke machten nun bis vor kurzem in dieser Beziehung eine Ausnahme, indem hier für die Arbeiter 8 resp. 14tägige Kündigungsfristen existierten. Jetzt hat jedoch die Deputation der Kanalisationswerke und Wasserteiler beschlossen, die bestehende Kündigungsfrist gänzlich zu beseitigen und dasselbe Verhältnis einzuführen, wie es in den meisten anderen städtischen Betrieben besteht. Schon im März d. J. versuchte die Direktion der Kanalisationswerke, gelegentlich der Einführung einer neuen Arbeitsordnung, die Kündigungsfrist zu beseitigen, wogegen die interessierten Arbeiter energisch protestierten. Die Deputation hat jetzt jedoch das Vorgehen der Direktion für gut befunden und die Kündigungsfrist ist bereits aufgehoben worden. Maßgebend dafür soll der Umstand gewesen sein, daß gekündigte Arbeiter unter Umständen dem Betriebe Schaden zufügen könnten!

In Süddeutschland und in der Schweiz stellt man in letzter Zeit die städtischen Arbeiter nach einer bestimmten Beschäftigungszeit mit einer 4-6 wöchentlichen Kündigungsfrist an, in Berlin dagegen macht man auf kommunal-socialpolitischem Gebiet keinen Fortschritt, bleibt auch nicht auf dem alten Standpunkt stehen, sondern wendet sich nach rückwärts. Dies zeigt wohl zur Genüge, wie notwendig es ist, daß die Socialdemokratie im Stadtverordneten-Kollegium eine entsprechende Forderung erhebt.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Langerhaus ist genesen und hat sein Amt wieder angetreten.

**Rand u. Hartmann als Censoren.** Auch im südafrikanischen Kriege ist die Firma Rand u. Hartmann ihr Censorenamt aus. Wie die englischen Behörden in Kapstadt mit den Depeschen, so versahert

die Berliner Firma mit den Plakaten, die ihr als Pächterin des städtischen Anschlagwesens übergeben werden. Von interessierter Seite war ihr der Auftrag erteilt, einem Aukauf durch die Säulen Verbreitung zu verschaffen, der auf Sammlung von Gelddeträgen und Verbandsstoffen für die verwundeten Stammesgenossen in Südafrika abzielte. Das haben Rand u. Hartmann kurzer Hand abgelehnt. Unsere Parteigenossen im roten Hause haben alle Veranlassung darauf zu drängen, daß die Herren bei der sich darbietenden Gelegenheit von den Anstrengungen ihres zerrütteten Censorenamtes erlöst werden.

**Im großen Sitzungssaal der Reichsbank** ist in Gegenwart des Präsidenten Dr. Koch und des Direktoriums eine Marmor-Büste von Dr. Ludwig Bamberg ausgestellt worden, die der Berliner Bildhauer Hugo Reinhold geschaffen hat. Das Werk ist nach der Todtenmaske ausgeführt, die der Künstler gleich nach dem Hinscheiden Bambergers abgenommen hatte. Ein Komitee von Freunden hat die Büste der Reichsbank als Geschenk dargebracht.

**Für die mächtige Hochbahnbrücke,** welche über die Geleisenanlage der Potsdamer, Wannsee- und Ringbahn hinweg von der verlängerten Schöneberger nach der Wlankenburgstraße geführt werden soll, ist jetzt mit dem Spannen der Eisenkonstruktion begonnen worden. Auf dem Bahndörper erheben sich zwischen den Geleisen in gewissen Abständen hohe Mauerpfeiler, die vor kurzem fertiggestellt worden sind. Die beiden mittleren von diesen Pfeilern werden augenblicklich durch eine Eisenbrücke verbunden, auf der später die Geleise der Hochbahn gelegt werden. Nach dem ursprünglichen Plane soll diese Brücke hinter dem Hause Wlankenburg 70, Ecke Dennewitzstraße, enden, durch welches dann mittels eines großen Bogens, der in dem Hause herzuführen ist, der Bahndamm weiter und an der Lutherkirche entlang bis zur Mittelpromenade der Wlankenburgstraße geführt werden soll. Nach einem anderen Projekt beabsichtigt man bekanntlich, die Hochbahn von dem genannten Hause aus als Untergrundbahn weiterzuführen.

**Die Temperatur der letzten Tage** hat eine Höhe erreicht, die für den November beispiellos ist. Schon am 3. betrug die mittlere Tagestemperatur in Berlin 12,4 Grad C. und war damit so hoch, daß sie nur von zwei Novembertagen in den letzten 61 Jahren übertroffen wurde, nämlich vom 1. November 1867, der 12,9 Grad, und vom 6. November 1881, der 12,8 Grad Mitteltemperatur hatte. Am Sonntag, 4. d. M., stieg die mittlere Tagestemperatur aber auf 14,7 Grad und betrug auch noch am 5. 13,8 Grad, so daß diese beiden Tage um 0,9 und 1,8 Grad wärmer waren als der bisher wärmste Tag im November. Die Tagestemperatur des 4. November entsprach der für den 23. Mai und den 18. September normalen, die des 5. November der für den 17. Mai und 20. September normalen. Die absolut höchste Temperatur, die an diesen beiden ungewöhnlichen warmen Tagen erreicht wurde, betrug am 4. 18,4 und am 5. 18,7 Grad im Schatten. In den letzten zwölf Jahren hat das Thermometer im November niemals die Höhe von 15,0 Grad überschritten.

**Zu der Stegallee** ist gestern abends die Marmorfigur, wir wissen nicht welches mittelalterlichen Markgrafen in Gegenwart des Kaisers aufgestellt worden. Bei dieser Gelegenheit bekam der Verfertiger des Bildwerkes, Professor Herter, einen Orden 3. Klasse. Ferner wird gemeldet, daß Wilhelm II., als alles vorüber war, auch den amwesenden Bürgermeister Kirchner bemerkt habe. Dann heißt es weiter in dem uns vorliegenden Bericht: „Der Kaiser reichte dem Bürgermeister freundlich die Hand und plauderte mit dem Stadtoberhaupt in liebenswürdiger Weise. Die Unterhaltung berührte ganz allgemeine Fragen, insbesondere auch gewerbliche Angelegenheiten.“ Zu dem Bildhauer soll der Kaiser noch gesagt haben: „Offenlich verjucht man sich nicht wieder an den Kaiser.“

**Mit der Fabel vom Weltuntergang** beschäftigt sich der Direktor der Berliner Sternwarte, Prof. Förster, in einem im „Reichs-Anz.“ veröffentlichten Aufsatz, der folgenden beachtenswerten Beitrag zur Geschichte des Berliner Aberglaubens bringt: „Die gegenwärtige Weltuntergangsfabel ruht aber eine Erinnerung an ähnliche Vorgänge wieder nach, welche die Menschheit im Juni 1857 mit angänglicher Spannung erfüllten. Es war da ein Komet entdeckt worden, dessen Bewegung am Himmel derartig verlief, daß die astronomischen Fachblätter für den 13. Juni 1857 die größte Annäherung an die Erde vorausberechneten, wobei jedoch der kleinste Abstand von der Erde noch viele, viele Millionen Kilometer betrug und somit gar keine besondere Bedeutung für die Erde haben konnte. Dieser Angabe des Zeitpunkts der größten Erdnähe eines Kometen hatten aber damals belgische Zeitungen die sensationelle Wendung gegeben, daß der Komet überhaupt außerordentlich nahe an die Erde herankommen werde, und die nächste Stufe der Weiterentwicklung hatte sich natürlich zu der Angabe eines Weltunterganges ausgebildet. Auch Berlin beschäftigte sich damals, trotz aller Einsprüche der Sachmänner, sehr lebhaft mit dieser Angelegenheit. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß der Uebelthäter bereits in dem großen Fernrohr der Berliner Sternwarte gegen Eintrittsgeld zu sehen sei, und Scharen von Leuten kamen damals vergeblich mit geflegelten Anerbietungen von Eintrittsgeld (über dessen Verwendung angeht das bevorstehende Weltunterganges die Meinungen auseinanderzugehen) zu uns, um den schredenverleitenden Anblick schon genießen zu können. Am Nachmittag dieses 13. Juni ereignete sich aber in Berlin wirklich eine Katastrophe. Der bekannte Kunstfeuerwerker Dohrmont ging mit seinem ganzen Laboratorium unter ungeheurem Donnergetöse in die Luft, und viele Leute auf den Straßen und Plätzen glaubten, daß es nun mit dem Weltuntergange losgehe. Man erzählte sogar, daß auf dem Werderischen Markt Scharen von Menschen auf den Knien geliegen hätten.“

**Die Schwimmhalle** der städtischen Bade-Anstalt an der Schillingstraße ist von jetzt ab wieder den ganzen Tag geöffnet, nachdem die Bauarbeiten nahezu vollendet sind. Bis auf weiteres kann die Halle aber nur von männlichen Personen benutzt werden, mit Ausnahme von Montagnachmittag 4-8 Uhr, während welcher Zeit die Halle den weiblichen Personen zur Verfügung steht.

**Der Polizeipräsident von Windheim** veröffentlicht die neue Strom- und Schiffahrts-Polizeiverordnung, die mit dem 1. Januar 1900 für die dem Polizeipräsidenten zu Berlin unterstellten Wasserstraßen eintritt.

**Eine schreckliche Wahrnehmung** machten am Sonntagabend die Sattler Wärschen Eheleute aus der Duttmannstraße, als sie von einem kurzen Ausgange zurückkehrten. Frau Wärschen hatte gegen 9 Uhr ihr einziges, ein Jahr altes Kind Anna zu Bett gebracht und sich überzeugt, daß es eingeschlafen war. Da das Kind stets ruhig schlief, so ließen die Eltern es eine Weile allein, um sich in der Nähe des Hauses noch etwas zu erledigen. Nach kaum einer Stunde kehrten sie zurück. Frau Wärschen eilte gleich ans Bett, um sich nach der Kleinen umzusehen. Diese lag regungslos unter der Decke, Leichenblässe bedeckte das in die Rippen gedrückte Gesicht. Das Kind war tot, alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Es war vermutlich unruhig geworden und beim Umherwälzen unter die Decke geraten und erstickt. Die Leiche ist beschlagnahmt worden.

**Mit der Festnahme des angeblichen Mörders der Louise Günther** scheint man einen Mißgriff gethan zu haben. Der in Rom verhaftete Holzbildhauer R. K. kann nach Ansicht der Behörde mit dem Berliner Luftkammer in keinerlei Zusammenhang gebracht werden. Es gilt vielmehr als sehr wahrscheinlich, daß K. einer jener sonderbaren Renommisten ist, die, um ihrer Umgebung zu imponieren, oder Schreden einzuflohen, keinen Anstand nehmen, sich selbst in unheimlicher Weise zu bezichtigen, ohne die Folgen einer solchen Thorheit zu bedenken. Zur Zeit des Mordes ist K. noch allerdings in Berlin gewesen, doch paßt auf ihn das Signalement jenes Mannes, der mit der Günther eine halbe Stunde vor ihrem Tode gesehen wurde und der mit Sicherheit als ihr Mörder angesehen werden muß, ganz und gar nicht.

**Die nächste Fernsprech-Verbindung** hat sich in den letzten Tagen ihres Bestehens für manche Teilnehmer bereits als eine recht zweifelhafte Neuerung erwiesen, woran indessen die Vorkommissar nicht schuld ist. Verschiedene Personen haben es sich in vorgedachter Nachtstunde und in unangemessener Stimmung nicht nehmen lassen, von ihrer Stammkneipe aus bei guten Freunden oder Bekannten anzuklingeln, ohne daß auch nur ein eingemessener wichtiger Grund dazu vorlag. Wenn dann der Teilnehmer schnell aus dem Bette sprang und ängstlich fragte, wer denn da sei, so täte ihm zum Beispiel die von einer wohlbekannten Stimme geäußerte Gegenfrage zu, wie er denn bis jetzt geschlafen habe? Und wenn er dann etwas ärgerlich antwortete, bis jetzt ganz gut, so erhielt er die Versicherung, daß der ganze noch recht zahlreich versammelte Freundeskreis ihm eine weitere angenehme Nacht wünsche. Natürlich darf man sich solche oder ähnliche „Witze“ nur einem guten Bekannten gegenüber erlauben, da man sonst wegen „groben Unsinns“ bestraft werden könnte. Indessen sind diese Scherze unter allen Umständen schlecht angebracht, da sie den ersten Zweck der Nachts-Fernsprechverbindung diskreditieren.

**Von der Sittenpolizei.** Zu Unrecht ist den Listen der Sittenpolizei geführt worden ist längere Zeit hindurch die Tochter eines in der Königsgräber Straße wohnhaften Beamten, ein durchaus ehrenwertes Mädchen. Die Thatsache ist, wie ein hiesiges Blatt berichtet, lediglich durch einen Zufall bekannt geworden; eine Diene hatte sich des Namens und der Adresse der jungen Dame bedient, die so ganz ohne ihr Jutun in einen höchst peinlichen Verdict gekommen ist. Folgende Einzelheiten sind zu dem Vorfall, der zweifellos nicht geringes Aufsehen erregen wird, zu berichten: Bei einem in der Königsgräber Straße wohnenden Hauswart der Militär-Pensionsanstalt V. erließen vor kurzem eine barmherzige Schwester, um bei der Tochter des V. Besuchsversuche anzustellen. Hierdurch erfuhren die V.'schen Eheleute zu ihrer nicht geringen Ueberraschung und Bestürzung die Thatsache, daß ihre älteste Tochter unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellt worden war, wiewohl die junge Dame als hochachtbar allgemein bekannt ist, und fast nie ohne Begleitung ihrer Eltern auszugehen pflegte. Die sofort angestellten polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß Fräulein V. gegenüber ein ganz nichtswürdiges Streich verübt worden war. Eine Diene, namens Hedwig Fabner, hatte sich den Namen der V. beigelegt und sich deselben bei ihren regelmäßigen polizeilichen Vorstellungen bedient; nur durch den Umstand, daß sie einmal die Stellungsfestigkeit veräußerte und daß deshalb zunächst die Schwester die vermeintlich Gefallene aufsuchte, wurde der Verdict erstickt. Die Fabner, die ermittelt und festgenommen ist, gab an, daß sie die falsche Eintragung veranlaßt habe, um sich an Fräulein V. zu rächen.

**Schwere Brandwunden** zog sich Montagabend der Arbeiter Paul Thomas, Thoesstr. 66 wohnhaft, bei einer Lampenexplosion zu. Das aus der umgeworfenen Lampe ausgelaufene Öl fing Feuer, wobei die Lampe in Stücke sprang und der brennende Inhalt sich über den Mann ergoß. Glücklicherweise eilten auf sein Pfiffen rasend alsbald Nachbarn herbei, die die Flamme durch Aufwerfen von Decken erstickten, doch hat Th. schwere Brandwunden am ganzen Körper davongetragen, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde.

**Der Schnellzug Berlin-Warnemünde** erlitt am Sonntag auf dem Bahnhof Grante eine Verpätung von 15 Minuten dadurch, daß der Postwagen mit Lichterloh brennender Achse eintraf. Der Brand konnte bald gelöscht werden. Die Post wurde in einem Personenvagen dritter Klasse untergebracht und die Pakete, ungefähr 500, mußten in einen Güterwagen verladen werden.

**Der aus dem Spielprozeß** bekannt gewordene Regierungsrat Referendar v. Kayser ist nicht, wie es hieß, auf seinen Antrag, sondern auf Veranlassung des Finanzministers aus dem Staatsdienste entlassen worden.

**Ein schwerer Unfall,** bei dem ein Arbeiter lebensgefährlich verletzt wurde, ereignete sich gestern kurz nach Mittag auf dem Holzhohe von Franke, Schindlerstr. 25. Dort sind große Posten starker Eisenbloche aufgestapelt, die als Rohholz Verwendung finden. Am Mittag waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, einem Bloch eine andere Lage zu geben. Hierbei überschoben sich mehrere, fast einen Meter im Durchmesser haltende Stämme und kamen ins Rollen. Der 32 Jahre alte Arbeiter Heinrich Liberra, Mariannenstr. 52 wohnhaft, wurde von den Stämmen erfaßt und zwischen zwei Bloche eingeklemmt. Die vorhandenen Arbeitskräfte reichten nicht hin, die schweren Eisen auseinanderzurücken, und so mußte der Unglückliche so lange in seiner qualvollen Lage verharren, bis die alarmierte Feuerwehr erschien und ihn befreite. Er hat sehr schwere Verletzungen davongetragen und wurde nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht.

**Ein schwerer Zusammenstoß** zwischen einem elektrischen Straßenbahn-Wagen und der Taximeter-Droschke 2915 fand gestern Mittag kurz vor zwei Uhr an der Ecke der Potsdamer- und Wlankenburgstraße statt. Die Droschke wollte den Fahrdamm der Potsdamerstraße passieren, geriet aber dabei zwischen einem Omnibus und einem von Schöneberg her kommenden elektrischen Wagen, so daß es dem Droschkenfahrer nach Versicherung von Augenzeugen nicht möglich war, rechtzeitig auszubiegen, und der elektrische Wagen das Pferd erfaßte. Es wurde eine Strecke mitgeschleift und erlitt verschiedene Verletzungen am ganzen Körper. Auch der Wagen wurde beschädigt und der Kutscher im Gesicht leicht verletzt. Einen häßlichen Eindruck machte es auf das zahlreich angekommene Publikum, daß von den Passanten und Schaffnern der kurz nach dem Unfall an der Stelle vorüberfahrenden Straßenbahnwagen viele dem Kutscher, der totenbleich neben seinem vor Schmerz am ganzen Leibe zitternden Pferde dastand, mit schandem Munde höhnende Worte zuriefen und ihre Schandenrede über den Zusammenstoß äherten.

**Zwei Van-Anfälle** werden vom Montag gemeldet. Auf dem Köhri an der Ecke der Tauenzienstraße und des Anstaltsdamms wurde der 37 Jahre alte Arbeiter Paul Klein aus der Schweinmünderstraße 48 gestern nachmittags beim Anfahren von einem Balken so schwer am Kopfe getroffen, daß er bewusstlos zusammensank und durch die nächste Unfallstation in die Charité gebracht werden mußte. Der Verunglückte hat sich einen Schädelbruch zugezogen. — Auf einem Abbruch in der Leipzigerstraße, bei dem Tag und Nacht gearbeitet wird, stand gestern abend spät der 43 Jahre alte Arbeiter Karl Wolf aus der Dennewitzstraße 27 auf dem Balken, als andere Arbeiter dessen Stützen entfernten; Wolf stürzte mit ihm herab und wurde schwer verletzt. Durch die nächste Unfallstation wurde Wolf der Charité zugeführt. Hier stellte man mehrere Kopfverwundungen und einen Schlüsselbeinbruch fest.

**Schwer verbrannt** ist vorgestern abend die 45 Jahre alte Arbeiterin Witwe Quilly vom Hafenplaz Nr. 3. Die Frau stellte für ein Mädchen, das bei ihr wohnt, jeden Abend kurz nach 10 Uhr ihre Petroleumlampe zur Beleuchtung des Aufganges auf einen Treppenaufgang; gestern abend fiel sie dabei hin und schlug sich ein großes Loch in den Kopf. Die Petroleumlampe explodierte mit einem starken Knall, ihr brennender Inhalt ergoß sich über die bewusstlos daliegende Frau und entzündete ihre Kleider am Oberkörper. Hausbewohner sahen den Flammenschein und holten die Feuerwehr, während andere Wasser herbeibrachten und es über die Unglückliche gossen. Die Feuerwehr, die die Flammen bereits gelöscht fand, brachte die Unglückliche in das Elisabeth-Krankenhaus.

**Die Neue freie Volksbühne** veranstaltet am 12. November, nachmittags 7½ Uhr, im Thalia-Theater, Kreuzbergr. 72, ihre zweite öffentliche Vereinsvorstellung. Zur Aufführung gelangt: „Toppelknecht“, Bauernkomödie von H. Kautzsch. Die Regie legt in den Händen des Herrn Friedr. Meiß. Mitwirkende werden außer in den bekannten Zahlstellen auch beim Kassieren H. Meiß, Georgenbr. 24a, aufgenommen.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 8. November, mittags 12 Uhr, wirken außer Herrn Musikdirektor Otto Diemel beim Orgelkonzert in der Marienkirche mit: Frau Ann Johanna-Höfel, Frau Agnes Caspers-Wintermann, Fräulein Sonja-Beeg, die Violinisten Herrn Hermann Gerlach, Hans Streß und Franz Laumann und der Organist Herr Paul Geuer. Der Eintritt ist frei.



# Arbeiter, Parteigenossen in Schöneberg!

Heute finden an unserem Orte die Stadtverordneten-Sitzungen dritter Abteilung statt, und Ihr habt zu beweisen, daß die Eure durch das reaktionäre Geldad-Wahlgesetz spärlich genug bemessenen Rechte zu wahren wißt!

Der Kampf wird nicht leicht sein. Alle Gegner stehen als Vertreter des Geldsacks geschlossen dem Proletariat gegenüber. Alle Partei-Unterschiede sind verwischt, damit das verhasste Proletariat völlig aus dem Rathhause verdrängt werde, ja man hat die Wahlzeit noch überdies so bemessen, daß es dem Arbeiter schwierig wird, seiner Pflicht zu genügen!

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!  
Solche Praktiken müssen Euch dazu drängen, nun doppelt Eure Pflicht zu thun. Wirkt mit aller Kraft heute unter den Massen, sucht den letzten Mann trotz Alledem an die Wahlurne zu bringen, damit die Uebermacht der Gegner zu Schanden werde und der 6., 12. und 18. Bezirk uns gehöre.

Nur Eure Gleichgültigkeit bringt den Gegnern Gewinn!  
Früh auf zur Wahlkloster und der Sieg ist unser!

Die Wahlzeit ist von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends.  
Wahllokale:  
6. Bezirk: Goltstr. 10 bei Reumann.  
Kandidat: Klempner Friedrich Masch.  
12. Bezirk: Kluthaus, Hauptstr. 5/6.  
Kandidat: Buchdrucker Hermann Schubert.  
13. Bezirk: Giltstr., Sponholzstr. 26/27.  
Kandidat: Zeitungspediteur Wihl. Bäumer.

## Aus den Nachbarorten.

Heber die Landgemeinde-Ordnung wird Mittwochabend 8 1/2 Uhr in der bei Richter, Ecke der Grunstraße und Marienbaderstraße stattfindenden Versammlung des Vereins Vorwärts zu Treptow referiert. Auch erfolgt die unentgeltliche Ausgabe der Parteitagprotokolle.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung beschloß gestern mit allen gegen eine Stimme, an den Magistrat das Gesuch zu richten, für Schöneberg eine städtische höhere Mädchenschule zu errichten und die Vorlage dazu den Stadtverordneten so rechtzeitig zu unterbreiten, daß die Anstalt möglichst schon mit Beginn des neuen Etatsjahres: zu Ostern 1900 ins Leben treten kann.

Nizdorf. Den Betriebsarbeitern der hiesigen Gasanstalt soll auf Beschluß der städtischen Gasdeputation der bisherige Tageslohn von 4 M. auf 4,50 M. erhöht werden. Der Stundenlohn der jüngeren und vorübergehend beschäftigten Hofarbeiter wurde auf 33 Pf., der für ältere Leute auf 35 Pf. festgesetzt. — Die Deputation für den öffentlichen Arbeitsnachweis hat beschlossen, den Beitritt des städtischen Arbeitsnachweises zum Verbande deutscher Arbeitsnachweise zu beschleunigen. Der Magistrat hat sich jetzt mit dem Beitritt einverstanden erklärt. — Die Wahllisten für die Gewerbe- und Handwerksämter werden demnächst aufgestellt werden. — Der Verein deutscher Kaufleute hat, wie in Berlin, so auch hier beantragt, die Sonntagsruhe für alle Ladengeschäfte von vormittags 10 Uhr ab beginnen zu lassen und für alle anderen Geschäfte, Fabriken etc. gänzliche Sonntagsruhe einzuführen. Der Magistrat beschloß, die Beschlüsse der Berliner Gemeindebehörden abzuwarten.

Zum Polizeidirektor von Nizdorf ist Landrat v. d. Gröben in End und zum Polizeirat bei der Polizeidirektion Kriminalkommissar Bösel in Berlin ernannt worden. Herr v. d. Gröben gehört, wie die „Staats-Ztg.“ bemerkt, zu den Landräten, die sich an dem Entscheidungstage vom Minister v. d. Neude „belehren“ liehen und für die Kanalvorlage stimmten!

Reinickendorf. In der letzten Sitzung der Gemeinde-Vertretung wurde der bisherige Schöff auf sechs Jahre wiedergewählt. In der Angelegenheit der Errichtung eines Amtsgerichtes Berlin-Reinickendorf bemerkte der Vorsitzende, daß die Justizverwaltung vor sechs Jahren geplant habe, sogenannte Vorortgerichte zu errichten; jedoch sei man später davon abgekommen. In jüngster Zeit ist zum Bau des Amtsgerichtes in Berlin dem Fiskus ein 4000 Quadratmeter großes Terrain unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, durch eine Deputation dem Justizminister ein Terrain von 5000 Quadratmeter zur Errichtung des Amtsgerichtes unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und wenn nötig, noch weitere Konzessionen zu machen. Reinickendorf hat zur Zeit 400 öffentliche Gas- und 149 Petroleumlaternen; letztere werden im ganzen durch 276 elektrische Laternen ersetzt. Die Bedienung der 276 elektrischen Laternen soll den Nachwachstern gegen eine Vergütung von 50 Pf. pro Laterne und Monat übertragen werden. Dem Eisenbahn-Fiskus, welcher zur Erweiterung des Gleises der Nordbahn etwa 650 Quadratmeter von dem der Gemeinde gehörigen Terrain bei der Seebekstraße zu erwerben beabsichtigt, soll der erforderliche Grund und Boden zum Preise von 15 M. pro Quadratmeter überlassen werden. Ferner wird noch beschlossen, das erforderliche Terrain zur Errichtung einer Kläranstalt in der Teichstraße im Umfange von 7 Morgen zu erwerben.

Ein Baumfrevler eigener Art ist in Panlow verübt worden. Dort steht an der Ecke der Berliner- und Mühlenerstraße eine Linde mit einem eigentümlichen Ästgebilde, aus dem man aus einer bestimmten Richtung mit einiger Deutlichkeit ein Bild des alten Fritz mit dem Dreimaster herauszusehen. Dieser Baum gab bisher einen beliebigen Vorwand für Ansichtspostkarten ab. Jetzt haben Frevler Kiste und Zweige so weit abgebrochen und abgeschlagen, daß das Bild vollständig zerstört ist.

Aus Spandau wird uns geschrieben: Nicht wenig erstaunt waren die freisinnigen Einberufer der „öffentlichen Wähler-Versammlung“, welche Montag im „Roten Adler“ in Spandau tagte, als in das Bureau der Versammlung drei Socialdemokraten gewählt wurden. Die Mehrheit der etwa 70 Versammlungsbesucher bestand nämlich aus unsern Parteigenossen! Nach einer längeren Diskussion, in welcher von unserer Seite die Genossen Dutsch, Kieger und Pieper die wahre „Arbeiterfreundschaft“ der bürgerlichen Stadtverordneten im allgemeinen, und der aus den freisinnigen Gewerksvereinen hervorgegangenen Stadtverordneten im besonderen redend beleuchtet, verwarf die Versammlung die von den vereinigten Bezirksvereinen und der erschienenen „Gewerksvereine“ vorgeschlagenen Kandidaten; einzig der Arzt Dr. Kalkstein wurde von der Versammlung acceptiert.

Zum Morde in Alt-Buchhofs. Wie eine Korrespondenz berichtet, hat die 16jährige Vertha Schröter ihr Geständnis, daß sie die Witwe Fielich ermordet habe, jetzt abermals widerrufen und behauptet, daß sie nicht die Mörderin sei. Wenn diese Meldung sich bestätigen sollte, so dürfte sie nach der ganzen Sachlage als neuer Beweis für die Richtigkeit der Vermutung gelten können, daß die Schröter eine unglückliche Geisteskranke und keine Verbrecherin ist.

## Gerichts-Beitrag.

Aus Anlaß der Flugblattverbreitung hatten sich unsere Parteigenossen Lapeziczer Freiwald und Manter Horn aus Panlow vor dem Schöffengericht am Landgericht II zu verantworten. Die Anklage lautete auf Verleumdung und groben Unfug und das Vergehen soll begangen sein in einem Flugblatt, das sich mit der auch jetzt noch aufrecht erhaltenen Mühlenderer Lokalsperre beschäftigte. Die unter Sperre stehenden Gastwirte F. Müller und H. Meyer sowie die Wirtin Emilie Grothe fühlten sich

beleidigt und der Staatsanwalt nahm sich eifrig der Bekräftigen an. Die Angelegenheit fand ein seltsames Ende. Das Gericht sah in dem Flugblatt auch eine Gotteslästerung und verwies die Sache an die Strafkammer, obgleich der Staatsanwalt selber erklärte, daß er von einem Religionsvergehen nichts in dem Flugblatt finden könne.

Iren ist menschlich. Der Arbeiter Wilhelm Schmidt stand gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der achten Strafkammer des Landgerichts I. Gelegentlich eines Umzuges, den der Angeklagte in Gemeinschaft mit anderen Arbeitern für eine Witwe Richter zu bewerkstelligen hatte, war eine goldene Damenuhr abhandeln gekommen. Verschiedene Zeugen hatten gesehen, daß die Uhr aus der Schublade eines Trisches gefallen war, als der Angeklagte ihn in den Wagen mitbrachte. Er hatte die Uhr aufgehoben und in die Tasche gesteckt. Der Beschuldigte leugnete mit großer Hartnäckigkeit, obgleich die Zeugin Richter im vorigen Termine erklärte, daß sie ihre Uhr bereits bei einem Flandeleiter ausfindig gemacht habe. Zum gestrigen Termine war der Flandeleiter geladen, der die Uhr mit zur Stelle gebracht hatte. Wiederum nahm die Zeugin die Uhr genau in Augenschein und mit aller Bestimmtheit blieb sie dabei, daß es die ihr gestohlene sei. Jetzt beugnete der Angeklagte sich zu einem Geständnis. „Aber“ — sagte er hinzu — „die Zeugin hat doch einen Reineid geleistet, ihre Uhr ist hier.“ Und dabei holte er die Uhr aus der Tasche hervor. Die Zeugin betradete die Uhr genau und erklärte dann: „Ja, das ist die mir gestohlene, ich kenne sie mit Bestimmtheit wieder.“ Auf Vorhalten des Vorsitzenden, daß sie die erste Uhr mit derselben Bestimmtheit als ihr Eigentum bezeichnet habe, entschuldigte die Zeugin sich mit dem Sprichwort: „Iren ist menschlich.“ Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten wegen Diebstahls eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Davidsohn führte aus, daß nur eine Unterabnahme vorliege, denn bei einem Umzuge befanden sich die zu verhandelnden Sachen während dieser Zeit in dem Gewahrsam der Ziehleute. Der Gerichtshof trat dieser Ansetzung bei und verurteilte den Angeklagten wegen Unterabnahme zu vier Monaten Gefängnis.

Die evangelische Kirchengemeinde in Schöneberg war für die Schöneberger Pfarrländerer, die jetzt mehr als 2 Millionen Markt wert sind, zur Grundwertsteuer herangezogen worden. Auf ihre Klage stellte sie der Kreisbehörde frei, weil die Dienstländerer der Geistlichen nach dem Kommunalabgaben-Gesetz nicht zur Gemeinde-Grundsteuer herangezogen seien. Der Bezirksauschuss erlaute aber zu Ungunsten der Kirchengemeinde, indem er ausführte: Allerdings seien die den Pfarrern zur persönlichen Nutzung überlassenen Ländereien von der Gemeinde-Grundsteuer befreit. Hier lägen die Dinge etwas anders. Als die Schöneberger Pfarrländerer infolge ihrer günstigen Lage vor den Thoren Berlins kolossal im Werte gestiegen seien, habe sich die Kirchengemeinde die Erträge daraus vertraglich gesichert und den Pfarrern ein entsprechendes festes Gehalt angewiesen. Da nun die direkte Besteuerung durch den Geistlichen die Voraussetzung der Befreiung sei, so müsse die Kirchengemeinde jetzt die Grundstücke versteuern. — Das Ober-Verwaltungsgericht stellte sich im Prinzip auf denselben Standpunkt, es war aber im übrigen der Meinung, daß der Vorderrichter nicht genügend festgestellt habe, ob die Nutzung jener Grundstücke dem Pfarrer dauernd entzogen sei. Das Gericht hielt eine solche Feststellung für erforderlich und verwies deshalb die Sache nochmals in die Vorinstanz zurück.

## Versammlungen.

Im Centralverein der Bureau-Angestellten sprach am 2. November Herr Dr. med. Siegmund über: „Die Verhütung der Schwindsucht bei den Bureauarbeitern.“ Redner zeigte, daß die Gefahr der Infektion durch die Tuberkelbacillen in diesem Berufe in besonderem Maße vorhanden sei, und erörterte die nach dem heutigen Stande der Wissenschaft gebotenen Vorbeugungs-Maßregeln. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhaftere Diskussion, in welcher unter anderem darauf hingewiesen wurde, daß der von dem Referenten geforderte Ausschluß der für die Schwindsucht besonders disponierten Personen von jeder Berührung mit ihren Mitarbeitern kaum durchführbar sein werde. Bauer sprach hierauf über die bevorstehenden Ortskassenwahlen und forderte zu zahlreicher Beteiligung auf. Hieran schlossen sich die durch den Rücktritt des ersten und des zweiten Bevollmächtigten notwendig gewordenen Ersatzwahlen. Als erster Bevollmächtigter wurde Fried, als zweiter Dereder gewählt. Das infolge der Wahl des letzteren vakant gewordene Amt des zweiten Kassierers wurde durch Fischer besetzt. Den zurückgetretenen beiden Bevollmächtigten sprach die Versammlung den Dank für ihre aufopfernde Thätigkeit durch Erheben von den Plätzen aus. Schließlich wurde noch das Veranlagungs-Komitee neu gewählt und eine Reihe weiterer geschäftlicher Angelegenheiten beraten.

Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter. Zahlstelle I. nahmen in ihrer letzten Versammlung die Konferenzbeschlüsse an. Zwei in Not geratenen Mitgliedern wurde die Summe von 12,10 M. ausgehändigt.

Lapeziczer-Verband. In der letzten Versammlung der Filiale Nord wird nach einem Vortrag des Genossen Parwoldt über „Litterarische Strömungen“ die Abrechnung vom Stiftungsfest gegeben; dieses hat einen Ueberschuß von 112,12 M. ergeben. Den Samaritern werden 10 M. überwiesen.

Stralan. Am 5. November fand hier eine leider nur schwach besuchte Parteiversammlung statt. Der Vertrauensmann erstattete zunächst Bericht über seine Thätigkeit im verfloffenen Jahre. Danach betragen die Einnahmen 569,79 M., die Ausgaben 525,40 M. Hierzu kommt der Bestand vom 31. Oktober 1898 64,34 M., ergibt Vorbestand am 31. Okt. 1899 108,73 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vertrauensmann einstimmig Decharge erteilt. Da der bisherige Vertrauensmann C. Seitz mit der Motivierung, daß er das Amt lange genug verwaltet habe, auf eine Wiederwahl verzichtete, so wurde Schöpfung an seine Stelle gewählt. Zu Revisoren wurden H. Krumm und Alb. Zander gewählt. Von der Lokalkommission erstattete G. Siebig Bericht. Neu gewählt wurden: G. Weibig, G. Wäge und Aug. Dentling. Hierauf wurde von Parwoldt-Berlin ein interessanter Vortrag über „Das Problem der Frauenfrage“ gehalten, welcher von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Parteigenossen auf, dafür rege zu agitieren, daß in Zukunft die Versammlungen besser besucht würden.

Die Maler und Anstreicher Charlottenburgs hielten am Sonntag, den 5. November, in Hoffmanns Volksgarten eine öffentliche Versammlung ab, in der Link-Verlin über „Das heutige Junungsweien“ sprach. An der regen Diskussion nahmen Flemming, Schiller, Opig, Hermann und Winter teil. Die vom Vertrauensmann Jost gegebene Abrechnung der verausgabten Marken ergab die Summe von 131,80 M.; davon sind bereits 80 M. den dänischen Bauarbeitern überwiesen worden, bleibt mithin ein Bestand von 51,80 M. Auf Antrag Flemming wurden 30 M. der Charlottenburger Bauarbeiter-Kommission und die übrigen 21,80 M. dem Vertrauensmann zur Bestreitung der Agitation zuerkannt.

Mariendorf-Tempelhof. Am 1. d. M. hielt der Rechtsanwalt Kröll im Arbeiter-Bildungsverein einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Das Wählerliche Gesetzbuch“. — In „Gemeinde-Angelegenheiten“ teilte Kersten mit, daß eine Polizeierordnung, welche die Kinderarbeit regeln soll, in Vorbereitung sei; die Vorlage betreffend die Straßenbeleuchtung sei dem Gemeindevorstand überwiesen. — Scharf getadelt wurde es von der Versammlung, daß am Sonntag an einem Bau in Tempelhof von den Maurern gearbeitet worden sei. Am Sonnabend, den 11. d. Mts., findet bei Groß in Tempelhof die nächste Versammlung statt; der Vorsitzende ersucht, für besseren Besuch der Diskussionsabende zu sorgen.

## Vermishtes.

Aus Hamburg wird berichtet: Die auf Montagvormittag 8 Uhr angelegte Hinrichtung des Raubmörders Fischer ist laut Beschluß des Hanseatischen Ober-Landesgerichts einstweilen sistiert worden. Da das Gericht für die Guillotine bereits auf dem Hofe des Untersuchungsgefängnisses aufgebaut worden war, wurde sofort mit dem Wiederabbruch begonnen. Dieser Fall, daß nämlich das Scharfot wenige Stunden vor der Hinrichtung wieder abgebrochen wird, dürfte in der Kriminalistik wohl einzig dastehen. Der Verteidiger des zum Tode Verurteilten hatte am Sonnabend in Bergedorf die Flandeleiterin Frau Jung ausfindig gemacht, die äußerst wichtige Aussagen zu Gunsten Fischers gemacht hat. Von dem Ergebnis der weiteren Ermittlungen wird es abhängen, ob eine neue Verhandlung anberaumt werden wird oder nicht. Der Verteidiger begab sich nach dem Beschlusse des Ober-Landesgerichts sofort in die Zelle des seine Unschuld fortgesetzt betuernden Verurteilten, wo er ihm mitteilte, daß er die Zeugin Jung gesprochen habe. Der Verurteilte, in dessen Zelle gerade der Gefängnisgeistliche amwesend war, jauchzte und weinte wie ein Kind bei der Entgegennahme der Mitteilung.

Die provencalische Dichterin Frau Nögre, die unter dem Pseudonym Lazarine de Manosque bekannt war, ist in der Nähe von Marseille gestorben. Lazarine de Manosque — so nannte sie sich zur Erinnerung an ihre Heimat — hatte noch vor zwei Jahren eine Wild- und Jagdhandlung in Marseille. In ihren Mußestunden schrieb sie lustige Verse und hübsche Erzählungen, die in einem provencalischen Blatte erschienen. In ihrem kleinen Laden wurde die Dichterin oft von den berühmten Dichtern Paul Arène und Frédéric Mistral besucht. Nachdem sie ihr Geschäft veräußert hatte, lebte sie mit ihrer Schwester auf dem Lande, wo sie im Alter von 50 Jahren gestorben ist.

## Marktpreise von Berlin am 6. November 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.						
* Weizen D.-Grt.	15,20	14,-	Schweinefleisch 1 kg	1,90	1,10	
* Roggen	14,80	13,60	Rathfleisch	1,80	1,-	
* Futterweizen	13,90	12,80	Dammfleisch	1,60	1,-	
Hofen gut	15,20	14,60	Butter	2,80	2,-	
mittel	14,50	13,90	Eier	60 Stk	4,80	2,40
gering	13,80	13,20	Hansen	1 kg	2,20	1,20
Nichtstroh	4,-	3,60	Walf	2,80	1,20	
den	7,20	4,-	Rambur	2,60	1,10	
Erbsen	10,-	25,-	Oedite	1,80	1,-	
* Weizenbohnen	20,-	25,-	Bohne	1,80	0,80	
* Bohnen	20,-	30,-	Schwie	2,80	1,20	
Kartoffeln, neue	7,-	5,-	Blei	1,40	0,80	
Wendisch, kleine 1 kg	1,00	1,20	Rebje	per Schot	12,-	2,50
do. große	1,20	1,-				

\* Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungsbörse — und mitgeteilt vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner. † Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 7. November. Heute verkochte Getreide trotz der unermesslichen, die Entwertung der Saaten fördernden Bitterungs-Verhältnisse in feiner Haltung, da sich besserer Warenbedarf geltend machte. Das Weizenangebot aus den Provinzen blieb ohne Einfluß auf die Preisgestaltung, ebenso die Roggenanforderungen Südrusslands, welche trotz coulanter Bedingungen noch immer nicht rentabel erschienen. Weizen und Roggen zogen bei einigem Handel etwa 0,50 M. an. Auch Hafer war befehligt. Weizen unverändert, geschäftslos. — Am Spiritusmarkt war wenig Geschäft bei nominell unveränderten Preisen. loco 70er 47,50. Termine blieben wiederum ohne Frage.

Kartoffelabfälle. Feuchte Kartoffelabfälle 10,75 M. In reine Kartoffelabfälle bisponibel und November-December 20,25—20,50 M. In Stärke und Mehl, Mittel-Qualität 19,50—19,75 M. per 100 Kilogramm.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

Zwei weitende Stadarbeiter. Wir haben genug mit der Gegenwart zu thun und können uns unmöglich auf die Verantwortung der Frage einlassen, wie es zukünftig bei einem eventuellen Streik der Gasarbeiter mit der Gasversorgung auszuhandeln wäre.

B. G. Bitte, sprechen Sie einmal auf der Redaktion zwischen 10 und 12 Uhr vormittags vor. Das Nähere dann mündlich.

Angela. Das Citat sollte die „Nation“ aus den von Keite herausgegebenen Nachschlagsbüchern finden.

C. G. 1. Die Frage ist strittig. 2. Der russische Art. 3. Der Papst.

Z. 20. Mittel gegen Haarrandfall können nicht im Briefkasten einer Zeitung empfohlen werden. Gehen Sie zu einem Spezialarzt für Hautkrankheiten oder suchen Sie die Poliklinik der Charité Dienstag und Freitag von 12—1 Uhr auf.

M. 1. In der Charité, Unterbaumstr. 7, können Sie die Poliklinik für Herzkranke am Montag, Mittwoch und Freitag von 10—11 Uhr ohne Umstände und unentgeltlich konsultieren.

Paris. 1. Sind und nicht bekannt. 2. Nein.

B. 107. Die genaue Adresse der Redaktion der „Neuen Welt“ steht am Schluß jeder Nummer.

Restaurateur Z. Im Jahr 1871 oder 1872 hatten wir noch nicht die Goldwährung und folglich auch noch nicht das neue Geldsystem. Dieses wurde erst durch das Reichsmünz-Gesetz vom 9. Juli 1873 eingeführt.

M. Schütte, hier. Derartige Notizen pflegen wir nur dann aufzunehmen, wenn sie uns durch den Vertrauensmann zugehen.

Turnverein „Nichte“. In Ihrer Bekanntmachung fehlt die Angabe des Votals.

B. 31. Petitionen an das Abgeordnetenhaus bedürfen keiner besonderen Form. — C. P. 99. Die Verzeihungsgeldstrafe beträgt, falls kein höherer Satz vereinbart ist, in Schöffensachen 12 M., in Privatdeliktssachen für den Fall einer Beweisannahme 18 M. Hierzu treten 6 M. für das Vorverfahren. — Juv. u. M. Berl. Der Ueberschuß wird mit ausbezahlt. — C. 2. 1. Wer einen anderen mit der Vergebung eines Verbrechens bedroht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft. 2. Körperverletzung mittels eines Stuhles pflegt man als Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges zu betrachten. Eine solche ist mit Gefängnisstrafe von 2 Monaten bis 5 Jahren bedroht. 3. Empfehlungen bringen wir nicht. — M. G. Grünan. Allerdings hatten Sie die Abmündungspflicht. Da aber die Sache länger als 3 Monat zurückliegt, so ist eine Strafverfolgung wegen Verjährung ausgeschlossen. —

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 8. November 1899. Ein wenig wärmer, teils heiter, teils neblig, bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

## Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 10.

Eoeden erschienen:

## Protokoll

des

## Parteitags zu Hannover.

304 Seiten Hart.

Preis 50 Pfg., geb. 75 Pfg. Porto 20 Pfg.

Die Verhandlungen über Taktik und Grundanschauungen der Partei, sowie die Erörterungen über den Militarismus haben dem Parteitag zu Hannover eine Bedeutung verliehen, die für die Entwicklungsgeschichte der Partei bleibend ist. Die Verhandlungen sind ausführlich, mit fotografischer Treue wiedergegeben und ein ausführliches Sachregister erhöht den Wert des Protokolls für Nachschlagszwecke. Für jeden Genossen, der an dem geistigen Leben und Streben der Partei Interesse nimmt, ist das diesjährige Parteitag-Protokoll unentbehrlich.











